Montag, 20. Dezember. (Abend-Ausgabe.)

Danziger Zeitung.

№ 9492.

Die „Danziger Zeitung" erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Ketterhagergasse No. 4) und auswärts bei allen Kaiserlichen Postanstalten angenommen. Preis pro Quartal 4 M 50 ₰. — Auswärts 5 M — Inserate, pro Petit-Zeile 20 ₰, nehmen an: in Berlin: H. Albrecht, A. Retemeyer und Rud. Mosse; in Leipzig: Eugen Fort und H. Engler; in Hamburg: Haasenstein und Vogler; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube und die Jäger'sche Buchh.; in Hannover: Carl Schüßler.

1875.

Telegramm der Danziger Zeitung.

Kiel, 20. Dezbr. Die Corvette „Arcona" ist gestern Morgen bei Loenstrupp, an der Westküste von Jütland, aufgefahren, wurde aber um 10 Uhr Vormittags wieder flott und setzte ihre Reise nach Kiel fort. An Bord ist Alles wohl.

Telegr. Nachrichten der Danziger Zeitung.

Neapel, 19. Dezbr. Heute Vormittag sah man starke schwarze Rauchsäulen aus dem Krater des Vesuvs emporsteigen. Es wird befürchtet, daß die bevorstehende Eruption von langer Dauer sein werde.

Roches-Point, 19. Dezbr. Der Dampfer „Ville de Brest" ist heute Abend 6 Uhr hier eingetroffen. Derselbe bugsirte den französischen transatlantischen Dampfer „Amérique", welcher den Schaft gebrochen hatte.

Reichstag.

31. Sitzung vom 18. Dezember.

Zunächst werden die drei Gesetze betr. das Urheberrecht durch eine definitive Schlußabstimmung und die Anleihe für Zwecke der Telegraphie-Verwaltung in dritter Berathung genehmigt.

Alsdann wird über eine große Anzahl von Petitionen, die der Budget-Commission vorgelegen haben, Bericht erstattet. Abg. Kapp referirt über die Petitionen der Post- und Telegraphenbeamten. Die Petitionen beziehen sich bei beiden Kategorien von Beamten auf Verbesserung ihres Gehaltes, sodann bei den Telegraphenbeamten auf Fixirung ihrer Rangverhältnisse und Gleichstellung derselben mit den Postbeamten. Eine Abhilfe ist hier dringend geboten, und tritt sie nicht in wirksamer Weise ein, so muß nothwendig der Dienst darunter leiden und die Hingebung und Pflichttreue erlahmen, mit welcher diese Beamten bisher ihren schweren Beruf erfüllt haben. Gerade diese Beamten kommen mehr wie alle anderen in häufige und unmittelbare Berührung mit dem Publikum; sie haben daher für das wichtige Moment der Kleidung mehr wie andere aufzuwenden. Die Commission hat einstimmig beschlossen, diese Petition dem Reichskanzler zur Erwägung zu überweisen. — Abg. Bamberger: Die hier in Rede stehenden Beamten, namentlich die Telegraphenbeamten sind in einem außerordentlich angestrengten, ihre Gesundheit sehr beeinträchtigenden Dienst unausgesetzt mit voller Hingabe zum Dienst und Wohl des Publikums beschäftigt. Doch ist mit einiger Vorsicht zu verfahren und zu bedenken, daß die Theuerung bei stetig wachsender Erhöhung der Gehälter nur schwer nachlassen kann, ja vielmehr gerade dadurch verlängert wird, bis, wenn sie endlich weicht, das Budget des Reiches mit Gehältern, die der Theuerung wegen erhöht wurden dauernd belastet bleibt. Die Vertreter der Bundesregierungen haben in der Commission auf die Nebenvergütigungen durch Tantième hingewiesen, dessen Beibehaltung sie empfahlen. Ich habe in dieser Beziehung einigen Zweifel. Wer die Praxis kennt, kommt zu dem Resultate, daß wir hier nur zwischen zwei Fehlern alterniren. Entweder die einzelnen Beamten einer bestimmten Station haben über die Vertheilung der zu expedirenden Depeschen ein Uebereinkommen unter einander nicht getroffen, dann entsteht unter den Beamten ein unausgesetztes Abjagen, das zu Neid und Mißgunst führt und die Collegialität untergräbt; oder die Beamten theilen sich in die Nebenvergütungen, dann fällt wieder das System der Tantième und der Grund es aufrecht zu erhalten, nämlich einen Anreiz und Sporn zur besseren Bedienung des Publikums zu schaffen. Einen eigentlichen Vortheil vermag ich daher in diesem System nicht zu erblicken, zumal die Tantièmen selbst so außerordentlich gering sind. — Generalpostmeister Stephan: Man kann über die Bedeutung und Wirkung der sogenannten Tantième-Vergütung sehr verschiedener Meinung sein. Jedenfalls fordert der jetzige Zustand der Dinge zu einer eingehenden Erwägung darüber auf, ob es besser sein wird, die Nebenvergütigungen beizubehalten oder aufzuheben und für den Ausfall in anderer und wirksamerer Weise Fürsorge zu treffen. Die verbündeten Regierungen werden diese Frage gewissenhaft prüfen und in Erwägung ziehen und nach den Erfahrungen, welche die gegenwärtige Neuorganisation des Telegraphenwesens an die Hand giebt, zur Entscheidung bringen. Der Antrag der Commission wird angenommen.

Von mehreren Petitionen, über welche die Commission zur Tagesordnung überzugehen empfiehlt, giebt eine, die sich auf die Einführung der Spiritus-Fabrikatsteuer an Stelle der jetzigen Raumsteuer bezieht, dem Abg. Kiepert Anlaß zu der Frage, wie weit die Verhandlungen wegen Einführung des Siemens-Halske'schen Controlapparates gediehen seien. — Präsident Delbrück bedauert aus Mangel an Kenntniß hierüber nicht Auskunft geben zu können, da er aus der Tagesordnung nicht habe ersehen können, daß dieser Gegenstand zur Sprache gelangen werde. — Abg. v. Kardorff hält die Herstellung eines Apparates, der gleichzeitig die Quantität, die Hochgradigkeit und die Temperatur des Spiritus angiebt, für eine technische Unmöglichkeit. Schon deshalb sei die Fabrikatsteuer für den Branntwein undurchführbar; aber auch materiell sei sie zu verwerfen, da sie die Landwirthschaften mit leichtem Boden, welche Spiritus fabriziren, nothwendig ruiniren müsse. Dringend empfiehlt der Redner in höherem Maße wie bisher eine Vergütung der Steuer für den zu technischen Zwecken verwendeten Spiritus zu gewähren, dessen Denaturirung in größeren Depots unter Aufsicht der Steuerbeamten, wie sie in England geschieht, gar keine Schwierigkeit habe. — In Bezug auf die betreffende Position selbst tritt das Haus dem Antrage auf Uebergang zur Tagesordnung bei.

Hierauf folgt die dritte Berathung des Reichshaushalts-Etats für 1876, welche mit einer allgemeinen Debatte beginnt. — Abg. v. Minnigerode: Das Budget, wie es in zweiter Lesung aus der Beschlußfassung des hohen Hauses hervorgegangen, ist meiner Partei ein wenig sympathisches. Die Absicht, die Gesammtziffer des Budgets herabzumindern, um neue Steuern zu vermeiden, haben Sie einerseits durch die möglichste Beschränkung der Ausgaben, andererseits durch die Erhöhung der Einnahmen zu erreichen versucht. Ersparnisse in den Ausgaben suchten Sie zunächst beim Militäretat zu machen. Obwohl wir das sachliche Bedürfniß der Landwehrmajore anerkannt haben, so haben wir uns doch den Beschlüssen der Majorität angeschlossen, weil uns die Form dieser Forderung, brauchbare Führerkräfte für die Landwehrbataillone durch Verquickung mit den Bezirkscommandeuren zu schaffen, nicht annehmbar erschien. Viele Herren würden, wenn die Regierung in einer geeigneteren Form dasselbe begehrte, diese Forderung bewilligen. Anders war unsere Stellung zu den Streichungen der Commission im Marineetat; die Regierung hatte durch die etatsmäßige Einstellung von 17 Millionen aus den Ersparnissen alles Mögliche gethan, zumal die Bedürfnisse der Marine in unserem Etat keineswegs befriedigt sind und in anderer Weise aufgebracht werden müssen. Von dem Betriebsfonds der Reichskasse 500 000 M. und von der Marine- und Telegraphen-Anleihe den gleichen Betrag als Zinsen für die Schatzanweisungen abzusetzen, haben wir abgelehnt. Nach dem Beschlusse des Hauses würden in Zukunft überhaupt nur noch 40 000 M. für derartige Zinsen der Schatzanweisungen in dem Betriebsfonds der Reichskasse zur Verfügung sein, eine Summe, die nicht zu genügen scheint. In der ersten Lesung bemerkte ich, daß unsere wirthschaftliche Lage lediglich in der Ueberstürzung beruht, in der unsere wirthschaftliche Entwickelung Ende der 50er Jahre stattgefunden hat und hatte exemplificirt auf das Actiengesetz. Damals that der Abg. Lasker eine Aeußerung, die in jedem einzelnen Theile nicht richtig ist. Ich bedauere, daß er die conservative Partei damit gebrandmarkt hat, daß er Allusionen auf die bekannten Gründerverhältnisse macht. Ich würde mich sehr freuen, wenn das bekannte Rechtlichkeitsgefühl des Hrn. Lasker ihm Gelegenheit gäbe, seine Aeußerung richtig zu stellen. — Redner erörterte nun die Stellung der Conservativen zu einzelnen finanziellen Beschlüssen und schließt: Wir haben trotz der Finanzoperation der Budget-Commission für die Börsensteuer gestimmt und werden dafür stimmen, so lange wir Matricularbeiträge haben, während nur eine finanzielle Krisis eine neue Brausteuer gerechtfertigt hätte. Ich freue mich, daß auch der Reichskanzler in der Hauptsache die Finanzauffassung vertreten hat, welche wir stets zu der unsrigen gemacht haben. Wir würden auf die Vorschläge der Commission viel leichteren Herzens eingegangen sein, wenn auf das Jahr 1876 nicht das Jahr 1877 und weitere Jahre folgten. (Sehr richtig!) Ja, m. H., das sind Thatsachen (Heiterkeit). Ein junges Reich hat nun jährlich neue Ausgaben, denen wir in den Einnahmen folgen müssen. Ein Budget gilt ja nur für ein Jahr, nach dessen Verlaufe man sich über die Folgen der Finanzpolitik klar wird; die Folgen sind also nicht so schlimm. Wir werden also practische Politik treiben und das Gesammtbudget nicht ablehnen, wir werden aber der Majorität die Verantwortung für die einschneidenden Aenderungen des Budgets überlassen, denn einen solchen Nothbehelf nennen wir nicht Finanzpolitik.

Abg. Richter (Hagen): Ich habe kein Bedürfniß, die gesammte Etatsverhandlung heute zu recapituliren. Ich würde der Rede des Vorredners meinen vollen Beifall schenken, wenn er sie nicht heute, sondern erst am Montag, nicht hier, sondern auf dem Lande vor seinen Wählern gehalten hätte, wo sie auf solche Wähler, die den gesammten hiesigen Verhandlungen nicht gefolgt sind, wohl Eindruck machen könnte. Für mich hat die Rede wesentlich nur ein pathologisches Interesse (Heiterkeit), sie ist nur ein Beweis der tiefen Niedergeschlagenheit, welche sich der conservativen Partei darüber bemächtigt hat, daß auch in diesem Jahre ihr Programm: „neue Steuern unter allen Umständen", wiederum nicht in Erfüllung gegangen ist, daß sie auch jetzt nicht im Stande ist, ihren Wählern zum Weihnachtsangebinde eine Vermehrung der Lasten, sei es Erhöhung der Matricularbeiträge oder neue Steuern zu geben. (Heiterkeit.) Indessen lassen Sie sich doch nicht zu sehr von dieser Niedergeschlagenheit bemächtigen, trösten Sie sich doch mit der Zukunft, mit der Aussicht auf die nächsten Wahlen. Nachdem hier von anderen Seiten Wahlreden gehalten sind, haben Sie einige Aussicht, daß Ihr politisches Wahlprogramm in den Herzen aller Landräthe, Kreis-Secretäre und Gendarmen neu belebt und gekräftigt wird. (Heiterkeit.) Vielleicht ermöglicht Ihnen auch diese Aussicht, vergnügte Feiertage zu feiern. Zum neuen Jahre aber wünsche ich, daß der conservativen Partei im Hause ein so frischer, fröhlicher, freier und mit den Thatsachen so gänzlich unbekannter Vorkämpfer wie Hr. v. Minnigerode, noch lange erhalten bleibe (Große Heiterkeit und Beifall.)

Abg. Rickert: Auch ich bedauere, daß Herr v. Minnigerode jetzt in der dritten Lesung, nachdem Präsident Delbrück ausdrücklich die Erklärung abgegeben hat, es lasse sich mit dem Budget, wie es in zweiter Lesung festgestellt worden sei, eine geordnete Finanzverwaltung führen, die Beschlüsse dieses hohen Hauses in einer Weise angreift, die nur beweist, daß er in Bezug auf die Details dieser Beschlüsse in keiner Weise unterrichtet ist. Ich verzichte, auf alle Einzelnheiten einzugehen, bin aber erbötig, Hrn. v. Minnigerode privatim den Nachweis zu liefern, daß er die Beschlüsse der Budgetcommission und die später erfolgten des Hauses nicht richtig verstanden und daß er von der Tragweite der in diesen Beschlüssen liegenden Finanzpolitik eine ganz unrichtige Auffassung hat. Hr. v. Minnigerode hat gesagt, die Bestände, die wir in diesen Etat aufgenommen haben, seien da, es werde aber eine Zeit kommen, wo sie nicht mehr da sein werden. Diese Behauptung ist nicht neu und vollkommen richtig, die Commission hat das gewußt und das Haus auch. Die Bestände, die da sind, sind aber dazu da, damit sie verbraucht werden. Man erhebt nicht neue Steuern, um mehr Bestände zu machen und eine solche Finanzpolitik werden wir auch in Zukunft nicht treiben. Dem Programm des Herrn v. Minnigerode stelle ich das unsrige entgegen: Im vorigen Jahre haben Sie, und insbesondere Herr v. M. sich lebhaft dafür interessirt, daß die Matricular-Beiträge um 25½ Millionen M. erhöht würden. M. H., die Majorität des Hauses hat den Nachweis geliefert, daß eine solche Erhöhung nicht nothwendig war und die Finanzverwaltung ist auch ohne diese Erhöhung geführt worden. Nun, m. H., wenn Sie damals die Erhöhung angenommen hätten unter der ausdrücklich ausgesprochenen Voraussetzung, daß das das bleibende Niveau sein sollte, sind Sie der Meinung, es hätten sich dann nicht die entsprechenden Ausgaben im Etat für 1876 gefunden und wir wären für 1876 von der Höhe der Matricularbeiträge herunterge-gangen? Sie hätten eine dauernde Erhöhung um 25½ Millionen herbeigeführt, die wir verhütet haben. Die Finanzpolitik dieses Jahres, die Herr v. M. vertreten hat, war die: dieselbe Höhe der Matricularbeiträge und 16 Millionen neue Steuern (hört! hört!). Die Mehrheit dieses Hauses hat im Einverständniß mit der Budget-Commission den Nachweis geführt, daß die neuen Steuern nicht nothwendig sind und daß wir mit denselben Matricularbeiträgen in derselben Höhe auskommen. M. H., ich glaube, die Thatsachen sprechen deutlich genug, und das Land wird es auch zu beurtheilen verstehen. Wenn Hr. v. Minnigerode sagt, auf das Jahr 1876 folgt das Jahr 1877 so ist das auch richtig und absolut unbezweifelbar. (Große Heiterkeit.) Aber, m. H., das Jahr 1877 wird seine Sorge für sich haben, und ich meine, daß die Budget-Commission und mit ihr das hohe Haus sehr vorsichtig gewesen ist, daß es die Ueberschüsse des laufenden Jahres, wozu es vollständig berechtigt war, nicht einmal angegriffen hat. Machen Sie doch immer Ihre düsteren Prophezeihungen weiter. Sie haben im vorigen Jahre gesagt, das Defizit dieses Jahres würde größer sein. Was haben wir gesehen? Das Deficit war kleiner, aus 25½ Millionen sind 16 Millionen geworden. Wir werden uns im nächsten Jahre sprechen, ob Ihre Prophezeihungen richtig sind. Zu einer Finanzpolitik, die im Jahre 1876 neue Steuern erheben will, um den noch unbekannten Etat des Jahres 1878 zu balanciren, werden wir auf dieser Seite uns nun und nimmermehr verstehen. (Zustimmung.) Wir erheben im laufenden Jahr die Steuern, welche zur Erfüllung der Aufgaben desselben nothwendig sind, und diese Finanzpolitik werden wir auch in Zukunft treiben und ich habe die Hoffnung, daß die Bewohner des Deutschen Reiches mit dieser Finanzpolitik einverstanden sein werden. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Lasker: Nachdem die finanzielle Seite des Programms des Abg. v. Minnigerode von den beiden Abgeordneten auf unserer Seite nach Verdienst gewürdigt worden ist, bleibt mir nur noch übrig, über den wirthschaftlichen Theil ein Wort zu sprechen. Der Abg. v. Minnigerode hat mir in einem Punkte einen Dienst geleistet, wofür ich ihm sehr dankbar bin. Er hat eine Angleegenheit zur Sprache gebracht, von der er behauptet, daß sie in den Kreisen seiner politischen Freunde unangenehme Gefühle hervorgerufen habe. Es hat mir wirklich fern gelegen, einen solchen Erfolg herbeizuführen. Hr. v. Minnigerode übersieht, daß er in der ersten Berathung des Etats nicht blos über das Actiengesetz gesprochen, sondern die liberale Partei wegen der ganzen wirthschaftlichen Gesetzgebung seit den sechsziger Jahren bis heute angegriffen hat, auf welche nach seiner Behauptung die schlimme Lage im Lande zurückzuführen ist. Ich erkenne an, daß, wenn ich mich hineinziehen lasse, diesen Weg zu betreten, auch ich nicht richtig verfahre. Das Haus wird mir die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß die Provocation des Führers eines Theils der conservativen Partei, der die Liberalen beschuldigte, durch ihre wirthschaftliche Politik die gegenwärtige Lage verschuldet zu haben, nicht unwiderlegt bleiben konnte. Ich bin nun bei der Betrachtung der wirthschaftlichen Verhältnisse noch objectiv weiter gegangen, indem ich gesagt habe, nicht die wirthschaftlichen, Gesetze mit Ausnahme des Actiengesetzes, hätten die Lage verschuldet, sondern das Verhalten außerhalb der gesetzgeberischen Kreise und die tolle Ueberspeculation, welche ich eine schwindelhafte nannte, und als ich dann hinzufügte, in allen Kreisen sei gesündigt worden, insbesondere auch in den conservativen — so bekenne ich offen, daß dieser Zusatz besser unterblieben wäre. Ich habe ihn nur ausgesprochen, weil ich die Insinuation zurückweisen wollte, daß die liberale Partei allein mit Recht beschuldigt werde für Dinge, die durch ein Zusammenwirken vieler Umstände herbeigeführt sind. Ich erkenne an, daß wo ein Volksvertreter die Pflicht hat, Dinge zu tadeln, welche außerhalb dieses Hauses vorgehen, er nicht eine Partei für das Benehmen einzelner Mitglieder derselben verantwortlich machen soll. Ich weiß, daß wenn es sich um Eigennutz handelt, es kein Privilegium irgend eines politischen Bekenntnisses ist, sich gegen die Anlockungen auf der richtigen Grenze zu halten. Ich gebe zu, daß jedes meiner Worte, welches die Meinung hervorrufen könnte, daß ich eine besondere politische Partei für das Verhalten einzelner Mitglieder verantwortlich mache, nicht meiner Absicht entsprochen hat. Ich hoffe, man wird auch in Zukunft einsehen, daß mein Bestreben dahin geht, Dinge, die im öffentlichen Interesse gesagt werden müssen, nicht zu verbittern durch einen Zusatz von persönlichen Angriffen, die persönliche Gereiztheit hervorrufen müssen.

Präsident Delbrück: Ich habe die Verpflichtung zu erklären, daß, nachdem das Haus durch die Beschlüsse der zweiten Lesung die Anträge der Budgetcommission angenommen hat, der Bundesrath über seine Stellung zu diesen Beschlüssen in Berathung getreten ist, und ich das Ergebniß dieser Berathung kurz dahin bezeichnen kann, daß der Bundesrath derjenigen Auffassung beigetreten ist, welche ich bei der zweiten Lesung als die der Reichsfinanzverwaltung mitgetheilt habe. — Die allgemeine Discussion wird geschlossen. Persönlich bemerkt Abg. v. Minnigerode: Der Abg. Richter hat bedauert, daß ich meine Ausführungen nicht erst am Montage gemacht habe. Ich erkläre dem gegenüber, daß ich mit Rücksicht auf diese Auffassung schon heute nicht für ihn gesprochen habe und daß seine oratorischen Gewohnheiten nicht immer die meinigen sind.

In der Specialdebatte der fortdauernden Ausgaben ergreift bei dem Etat des Reichskanzleramts das Wort der Abg. Zinn: Die Summe von 48 000 M. für das Reichsgesundheitsamt ist eine viel zu geringe, im Vergleich mit den Aufwänden anderer Staaten für diesen Zwecken eine verschwindend kleine. Die Stadt Newyork giebt dafür jährlich allein 139 000 Dollars aus. Ich gebe allerdings zu, daß bei der Neuheit der Institution bei uns große Vorsicht geboten ist und will deshalb hier keinen Tadel aussprechen. An der Spitze des Reichsgesundheitsamtes muß ein Arzt und nicht ein Verwaltungsbeamter stehen, ich halte einen solchen in diesem Amt überhaupt für überflüssig. Man will Sachverständige aus den einzelnen Staaten zu Berathungen einberufen; ich gebe zu erwägen, ob es nicht besser wäre, auf den ursprünglichen Plan zurückzukommen, vier außerordentliche Mitglieder zu ernennen, die zeitweilig einzuberufen wären. Die Gesetzgebung würde sich dann in consequenter und systematischer Weise entwickeln. Die Reichsämter müssen unabhängig und nicht blos Anhängsel der Ministerien, namentlich des preußischen sein. Vom politischen Standpunkte aus wird die Entwicklung des Reichs und das Ansehen der Reichsbehörden schwer geschädigt, auch wenn nur der Anschein einer Abhängigkeit dieser Reichsämter von den preußischen Ministerien besteht; besonders gefährlich wäre dies bei dem Reichsgesundheitsamt. Ich möchte in dieser Beziehung den Reichskanzler und das Reichskanzleramt vor Preußen warnen. — Präsident Delbrück weist zur Beseitigung der zuletzt ausgesprochenen Befürchtungen darauf hin, daß das Reichsgesundheitsamt gerade aus dem fühlbaren Bedürfniß hervorgegangen seit in dieser Beziehung eine eigene technische Behörde zu haben und sich vom preußischen Ministerium zu emancipiren. — Abg. Lasker: Während wir immer geneigt gewesen sind, die Regierung bei der Errichtung neuer Aemter zu unterstützen, sind wir uns dessen bewußt gewesen, daß die neuen deutschen Aemter nach ihrer Ausstattung keineswegs das sind, was wir uns unter solchen Aemtern vorstellten. (Sehr richtig!) Wir haben im vorigen Jahr auch bei Gelegenheit des Reichsjustizamtes gehört, daß es selbstständig und in einem Umfange ausgestattet werde, in welchem wir wirklich von einem Reichsjustizressort hätten sprechen können. Unsere Warnung ist nicht gehört worden, die Probe auf das Exempel ist bereits gemacht, und ich glaube, daß diejenigen, welche den Gang der Justizgesetzgebung aufmerksam verfolgt haben, überzeugt sind, daß wir bis jetzt das starke Amt, das wir durch das selbstständige Reichsjustizamt haben erreichen wollen, nicht erreicht haben. (Sehr richtig! links.) Nur wenige in diesem Hause werden nicht fest überzeugt sein, daß die Einrichtung der heutigen deutschen Aemter rein provisorischer Natur ist und lediglich entsprechend den jetzigen zufälligen Umständen, wie sie durch eine mächtige Persönlichkeit an der Spitze der Regierung und der Verwaltung repräsentirt werden. (Sehr richtig.) Die größte Mehrheit des Hauses findet die wichtigste und ruhmvollste Aufgabe für den Leiter der deutschen Angelegenheit in diesem Augenblick in einer festen und starken Organisirung von deutschen Reichsämtern, welche zugleich das Bewußtsein der vollen Verantwortlichkeit, ja sogar die Verantwortlichkeit selbst haben (Sehr richtig!), damit wir nicht immer Bundesrath, Regierungen und Reichsämter und doch keine greifbare Person vor uns haben, welche factisch die Verantwortlichkeit auf sich zu nehmen in der Lage ist. (Hört, hört! links.) Wir sind der Meinung gewesen, daß wir mit der Begründung solcher Aemter eben erst den Anfang machen und so lange noch ein Funken von Hoffnung in uns bleibt, daß die Reichsregierung selbst diese ruhmvolle Aufgabe aus eigener Initiative in Angriff nehmen wird, glauben wir uns noch einstweilen zurückhalten zu können, um selbst mit dieser Vervollkommnung des Deutschen Reiches vorgehen zu können oder mindestens einen stärkeren Impuls zu geben, als dies durch Reden einiger Mitglieder im Hause der Fall sein kann. Wir nehmen auch jetzt den ersten schwachen Anfang in der Erwartung einer baldigen kräftigeren Organisation an. (Beifall.)

Bei dem Etat des Auswärtigen Amts verlangt das Wort Abg. Sonnemann: Was ich zu sagen habe, konnte ich erst heute vorbringen, da die betreffenden Aktenstücke mir erst in den letzten Tagen zugegangen sind. Es handelt sich um das deutsche Consulat in Nizza. Es ist mir bekannt, daß dem auswärtigen Amte verschiedene Beschwerden über die Thätigkeit des deutschen Consuls zu Nizza, eines Hrn. Schenking zugegangen sind; erstens allgemeine Beschwerden, unterzeichnet von einer großen Anzahl der dort lebenden Deutschen, und zweitens eine besondere Beschwerde über einen Fall, der in Nizza großes Aufsehen erregt hat und wiederholt vor den Gerichten verhandelt worden ist. Die Anklagen richten sich dahin, daß der deutsche Consul in Nizza seine dortige Stellung mißbrauche, um sich persönliche Vortheile zuzuwenden. Ich bin natürlich nicht in der Lage streng zu untersuchen, ob alle diese Beschwerde gerechtfertigt. Sie sind aber in Nizza so allgemein laut geworden, daß, nachdem sie, wie ich gehört, vom Auswärtigen Amte nicht beantwortet worden sind, es am Platze sein dürfte, sie im Reichstage zur Sprache zu bringen. Redner führt von den vielen Fällen, die zu seiner Kenntniß gebracht seien, zwei näher aus und schließt: Die Papiere, die ich hier habe, stehen selbstverständlich dem Auswärtigen Amte zur Verfügung; da bereits anderweitige Anklagen an das Auswärtige Amt gelangt sind, möchte ich anfragen, ob dasselbe gewillt ist, gegen den Consul Schenking eine Untersuchung einzuleiten, und falls dieselbe die Grundlosigkeit der erhobenen Anklagen ergeben sollte, werde ich das gern an dieser Stelle erklären. — Abg. Braun: Man sollte doch nicht die Gelegenheit der dritten Lesung dazu benutzen, um solchen subjectiven Empfindungen Ausdruck zu geben. Was von dem Vorgebrachten richtig, was unrichtig ist, wissen wir nicht. Wir befinden uns in dem gegenwärtigen Augenblick auch nicht in der Lage, diese Dinge zu untersuchen. Ich betrachte das, was unter dieser Zwangslage vorgetragen worden ist, für meine Person als nicht gesprochen. — Comm. Legationsrath Goehring: Obwohl ich der Bemerkung des Abg. Braun zustimme, kann ich mich doch nicht enthalten, auf die hier vorgebrachten Beschwerden zu antworten. Es ist allerdings vor längerer Zeit eine Petition mehrerer in Nizza ansässigen Deutschen mit Beschwerden über einzelne theils amtliche, theils außeramtliche Handlungen des dortigen Consuls eingegangen. Die in Folge dessen eingetretenen Erörterungen im auswärtigen Amte sind noch nicht abgeschlossen, werden aber jedenfalls in der eingehendsten Weise fortgeführt werden. In Bezug auf den hier vorgebrachten speciellen Beschwerdepunkt werden, soweit sich Veranlassung bietet, ebenfalls vollständige Ermittelungen eintreten.

Bei dem Militäretat spricht Abg. Liebknecht gegen die Commandanturen, die, wie aus den Motiven deutlich herauszulesen sei, nur zu dem Zweck eingerichtet worden seien, um gelegentlich das Volk niederzuschießen. Der Präsident ruft den Redner wegen dieser Aeußerung zur Ordnung und fordert ihn zweimal auf bei der Sache zu bleiben, widrigenfalls werde er das Haus befragen, ob Hrn. L. das Wort zu entziehen sei. Der Redner schließt mit der Versicherung, daß er es dem Hause und dem Reichskanzler getrost überlassen könne, für seine Sache, den Socialismus, zu agitiren. Der Präsident bemerkt, daß er die angekündigte Frage an das Haus richten würde, wenn der Redner nicht bereits die Tribüne verlassen hätte.

Die Position, betreffend den Beitrag des Reiches

zum Bau der St. Gotthard-Bahn, veranlaßt den Abg. Bamberger zu folgenden Bemerkungen: Hoffentlich wird mich der Abg. Braun nicht tadeln, wenn ich noch in der dritten Lesung von dieser Sache spreche. Beiläufig will ich bemerken, daß ich im Gegensatz zu ihm das Recht des Hauses wahren möchte, alles irgendwie für die Geschäfte des Reichs Wichtige, hier erforderlichen Falls auch in der dritten Berathung vorzubringen. Und wenn der Commissar dem Abg. Braun beigepflichtet hat, so hat er das wohl nur in materieller Beziehung thun wollen. Denn in formaler Hinsicht ist es allein unsere Sache zu bestimmen, was wir hier verhandeln wollen oder nicht. Wir haben 1871 unter Erneuerung eines bereits vor dem Kriege mit der Schweiz und Italien angebahnten Abkommens der Gotthardbahn eine Subvention von 20 Mill. Franken zugesagt, wozu das Reich etwas über 8 Mill. beiträgt und die einzelnen Eisenbahnen Deutschland's den Rest. Im Ganzen war das Unternehmen auf 187 Mill. Franken berechnet. Davon sind 85 Mill. Franken überhaupt durch Subvention aufgebracht worden, das andere durch Actien und Schuldverschreibungen der Gesellschaft. Nun hat sich in letzter Zeit die Nachricht verbreitet, daß die vorgesehenen Mittel nicht ausreichen werden. Es ist wahr, daß die Schweiz nicht die Verpflichtung übernommen hat, damit auszukommen. Aber ich glaube, es liegt doch eine sehr starke moralische Verpflichtung der Regierung vor, auf das äußerste dahin zu wirken, daß die vorgesehenen Mittel auch ausreichen oder wenigstens die Durchführung in einer Weise zu bewirken, daß die finanziell Betheiligten nicht geschädigt werden. Das Deutsche Reich hat 8 Millionen Franken gegeben mit dem Anrechte auf eine nachträgliche Dividende wenn mehr als 7 pCt. für die Actionäre herauskommen sollte, — mit sehr geringer Aussicht auf Rentabilität. Es hat auch die deutschen Eisenbahnen zur Mitwirkung veranlaßt, und auch diese, nehme ich an, machen sich keine Hoffnung auf Dividenden. Aber unleugbar war unter solchen Auspicien dem deutschen Publikum die finanzielle Betheiligung an diesem Unternehmen nahe gelegt. Ich bin ein entschiedener Gegner der Theorien, welche wollen, daß die Staaten international Partei ergreifen für ihre Staatsangehörigen, wenn letztere im Auslande durch besondere Geschäfte in Verwicklungen wegen ihrer Geldinteressen gelangen. So sehr ich neulich dem Reichskanzler beistimmen mußte, daß da, wo ohne seine Schuld ein Deutscher gekränkt wird, die ganze Macht des Reichs nicht zu groß sei, um für ihn einzutreten — so wenig bekenne ich mich zu der Theorie, daß der Degen des Marschalls v. Moltke zu Hilfe kommen solle, wenn ein Reichsangehöriger im Auslande 10 pCt. mit seinem Gelde lieber verdient, als zu Hause 4 bis 5 pCt. Aber unter den besonderen Umständen, denen gemäß doch zunächst einmal 8 Millionen Reichsgelder als Subvention gegeben wurden mit der deutlich bekundeten Aussicht, daß die betreffende Sache auch rechtzeitig zu Stande kommen werde, liegt eine Art Verpflichtung für das Reich vor, auf diplomatischen Wege dafür zu sorgen, daß nichts vernachlässigt werde, was irgendwie die unter seinen Auspicien eingetretenen Interessen vor Schaden bewahren kann, vor allen Dingen uns aber jetzt Auskunft über die Sachlage zu geben, ob in der That Gefahr ist, daß die Mittel nicht ausreichen, ob es wahr ist, daß sie in hohem Maße nicht ausreichen und die Bahn zur bestimmten Zeit nicht fertig werden wird. Entgegen den umlaufenden ungünstigen Gerüchten haben alle meine Informationen das Resultat gehabt, daß mir die beruhigendsten Versicherungen aus guter Quelle geworden sind. Eine Verbesserung der Situation ist durch die Seitens der italienischen Regierung erfolgten Erwerbung der Alta Italia eingetreten, welche bisher den gemeinsamen Interessen gegenüber nicht correct verfahren ist. Ich stelle an die verbündeten Regierungen das Ersuchen, daß sie uns einerseits womöglich recht genaue Auskunft über den dermaligen Stand der Dinge geben und andererseits ihren freundschaftlichen Einfluß auf die Schweizer Regierung benutzen mögen, um auch für die Sicherstellung derjenigen Interessen zu sorgen, die unter ihren Auspicien sich an der Sache betheiligt haben. Wir haben ja keine befreundetere Regierung als die der Schweiz, welche 1870 auch eingeschüchtert werden sollte durch den dem deutschen Reiche zugeschriebenen ungeheuren Appetit, alle seine kleineren Grenznachbarn zu verzehren. Wenn irgendwo jene Verdächtigungen der besseren Einsicht und freundschaftlichen Gefühlen Platz gemacht haben, indem man sich sagt, das Deutsche Reich sei groß genug, um mit seinen Stammesgenossen im Frieden zu leben, so ist dies in der Schweiz der Fall, so daß wir in freundschaftlicher Weise auch hier eine Berücksichtigung unserer Interessen erwarten können. (Beifall.) — Präsident Delbrück: Bekanntlich zerfällt das Gotthardunternehmen in drei Theile, einmal der große Tunnel, sodann der Anschluß dieses Tunnels nach Süden, und drittens sein Anschluß an die schweizerischen Bahnen. Die Schweiz hat die Aufsicht über das Ganze, Italien und Deutschland haben zunächst das Recht, sich von Jahr zu Jahr über die Fortschritte des Tunnelbaues zu vergewissern wovon der Betrag der jährlichen Subvention abhängig ist. Bei der Revision im October dieses Jahres hat sich kein Grund für die Befürchtung ergeben, daß der Unternehmer nicht im Stande sein werde, innerhalb der contractlich übernommenen Zeit den Tunnel auszuführen, und daß die Kosten höher sein werden, als im Jahre 1869 veranschlagt sind. Was die beiden anderen Theile des Unternehmens anlangt, so wurde von der italienischen Regierung aus nahe liegenden Gründen ein besonderer Werth darauf gelegt, daß der Anschluß an das italienische Eisenbahnnetz möglichst rasch hergestellt werde. Es ist deshalb im Gotthardvertrage vereinbart, daß diese Linie sofort in Angriff genommen würde und die Gotthardbahngesellschaft hat diese Linie in der festgesetzten Zeit ausgeführt. Ich glaube aber dabei bestätigen zu können, daß für dieses Stück der Linie die ursprünglichen Anschläge, wenn auch nicht in dem Maße, wie das vielfach in den Zeitungen behauptet worden ist, überschritten seien. Auch ich bin überzeugt, daß die italienische Regierung nach Erwerbung der Alta Italia der Schwierigkeiten Herr werden wird, welche diese Bahn angeblich verhindern, zur vertragsmäßigen Zeit Anschluß zu erreichen. Die nördliche Verbindungslinie des Gotthardtunnels mit den schweizerischen Bahnen ist nach dem Vertrage staffelförmig zu verschiedenen Endterminen, welche von der Fertigstellung des Tunnels abhängig sind, auszuführen. Da die vorgeschriebenen Fristen noch nicht eingetreten sind, so ist diese Linie noch nicht begonnen und meines Wissens noch nicht speziell veranschlagt worden. Es haben in der letzten Zeit in der Schweiz Untersuchungen nach einer billigeren Trace als die im ersten Projecte verangeschlagte stattgefunden, welche Aussicht auf Erfolg haben. Eine bestimmte Antwort über den etwaigen Mehraufwand für die nördliche Linie kann erst nach der speziellen Veranschlagung derselben ertheilt werden, wobei man natürlich möglichst innerhalb der Grenzen der ersten Veranschlagung bleiben wird. Denn möglichste Wohlfeilheit liegt im Interesse der ausführenden Gesellschaft. Zu einer Intervention Deutschland's bei der Schweiz ist unter diesen Umständen zur Zeit noch gar keine Veranlassung vorhanden.

Bei den Einnahmen aus Zöllen und Verbrauchssteuern bemerkt Abg. v. Kardorff: Der Präsident des Reichskanzleramtes hat bei Berathung der Petitionen wegen der Eisenzölle die Verantwortung für die Maßregel der Aufhebung der Zölle dem Reichstage zugeschoben. Ich kann dies in so fern nicht für richtig anerkennen, als doch die verbündeten Regierungen und das Reichskanzleramt durch ihre ohne jede dringende Veranlassung aus eigener Initiative eingebrachte ursprüngliche Vorlage einen Hauptheil dieser Verantwortung auf sich genommen hat. — Präsident Delbrück: Ich muß constatiren, daß es mir völlig fern gelegen hat, die Verantwortung für den gegenwärtigen oder zukünftigen Bestand unserer Eisenzölle von mir ab und dem Reichstage zuzuschieben. Es ist das ein Mißverständniß, zu welchem vielleicht meine Aeußerung über den ungünstigen Umstand Anlaß gab, daß die Aufhebung der Eisenzölle mit der Aufhebung der Handelsverträge zusammenfalle. Für diesen zufälligen Umstand, habe ich gesagt, treffe die Verantwortung nicht uns, sondern den Reichstag. Im Uebrigen ist es mir nicht in den Sinn gekommen, für die Reform selbst die Verantwortung der verbündeten Regierungen abzulehnen.

Zu den Einnahmen der Post- und Telegraphenverwaltung macht der Generalpostmeister Mittheilung über den inzwischen festgestellten neuen Telegraphentarif: Der neue Tarif beruht auf dem Princip der Beseitigung jedes Distanz-Unterschiedes und der Aufstellung der Taxe auf Grundlage der einzelnen Worte. Was die Sätze betrifft, so hat man sich dafür entschieden, eine Grundtaxe von 20 Pfennigen für jedes Telegramm und sodann eine Worttaxe von 5 Pfennigen für jedes einzelne Wort auszuführen. Den Einfluß, den dieser neue Tarif auf die finanzielle Lage haben wird, läßt sich noch in keiner Weise vorhersehen; es ist deshalb durchaus nur angemessen, in dem Etat irgend welche Veränderung aus Anlaß des neuen Tarifs nicht vorzunehmen.

Abg. Reimer bringt die hilfsbedürftige Lage der unteren Postbeamten, insbesondere der Briefträger in Altona zur Sprache. Dieselben haben dort von 6 Uhr früh bis Abends 10 Uhr Dienst, und da die Einrichtung getroffen ist, daß ihnen nur alle 14 Tage ein freier Tag bewilligt ist, so müssen sie auch des Sonntags von früh bis spät Briefe austragen, und die eine Hälfte muß die schwere Arbeit für die an diesem Tage beurlaubte andere Hälfte mit übernehmen und sich also gerade am Sonntag doppelt quälen. Das ist doch eine nicht zu rechtfertigende Ausbeutung der Arbeitskraft der ohnedies schwer geplagten Beamten, und man kann sich nicht wundern, wenn in Folge dessen Siechthum und Schwindsucht unter ihnen herrschen. — Der Generalpostmeister: Wir haben im Deutschen Reich 19,000 Briefträger und man kann unmöglich von mir verlangen, daß ich von jedem einzelnen wisse, wie viel Dienststunden er täglich hat und wie in jedem Postbureau an jedem Ort die Arbeit vertheilt ist. Der Vorredner hätte sich, um wirkliche Abhilfe für die Betreffenden zu schaffen, an die zustehende Provinzialbehörde wenden müssen. Daß unter den Briefträgern Schwindsucht herrsche, ist mir in so fern überraschend, als ich versichern kann, daß von allen Unterbeamtenstellen der Briefträgerposten der allergesuchteste ist. — Abg. Günther (Sachsen): Durch den neuen Telegraphentarif wird wiederum der Großhandel vor dem Kleinhandel außerordentlich begünstigt (Sehr wahr!), und zwar in solchem Umfange, daß die ganz großen Häuser dadurch Ersparnisse machen können, welche dem Steuerbetrage ihrer Firmen gleich kommen. Dagegen wird der gesammte Kleinhandel und insbesondere die Landwirthschaft aufs tiefste durch die Neuerung geschädigt, denn die Depeschen auf geringere Entfernung werden wesentlich vertheuert. (Zustimmung.) — Abg. Schmidt (Stettin) hebt hervor, daß die Einführung des einheitlichen Brief- und Weltportosatzes ebensoviel und ebensowenig dem Großhandel allein zu Gute gekommen sei. Die genannte Veränderung habe der gesammten Bevölkerung, nicht einem einzelnen Verkehrskreise genützt. Durch die neue Maßregel werde man die ganze Bevölkerung zum Gebrauch des Telegramms erziehen. Die Reform würde im In- und Auslande Lob und Tadel wie im Reichstage finden, man müsse sie aber wagen, weil man sich in der Richtung des Einheits- und Weltportos bewegt. — Abg. Richter (Hagen): Ich bedaure es lebhaft, daß uns über das neue Gebührensystem erst in diesem Augenblicke eine Mittheilung zugegangen ist, welche vielleicht nicht einmal von allen Mitgliedern des Hauses vollständig verstanden worden ist. (Zustimmung links.) Denn es ist jetzt unmöglich, uns ein Urtheil darüber zu bilden, ob und inwieweit das neue Gebührensystem es rechtfertigen würde, andere Ansätze bei den Einnahmen der Telegraphenverwaltung vorzunehmen. Ich bedaure aber, die Aenderung auch aus folgendem Grunde nicht annehmen zu können. Bei der Briefbeförderung ist es gleichgiltig, ob der Brief auf einer größeren oder geringeren Strecke transportirt wird. Anders bei dem Telegramm. Eine erhebliche Vermehrung der Telegramme auf weite Entfernungen kann zur Folge haben, daß die Telegraphenlinien auf Kosten der Telegraphenverwaltung erheblich vermehrt werden. Einer solchen Vermehrung steht eine Verminderung der Einnahmen aus den Telegrammen auf weite Entfernungen gegenüber. Denn die Verwohlfeilung der Telegramme auf weite Entfernungen kommt nur dem Großhandel zu Gute, und auf der anderen Seite ist eine Vertheuerung der Telegramme auf kurze Entfernungen nicht zu verkennen, da ein Telegramm von 10 Worten auf 7½ Sgr. zu stehen kommt gegen den bisherigen Preis von 5 Sgr. ein Aufschlag von 40 Proc. Und diese Telegramme dienen gerade dem kleinen Geschäftsverkehr. Nun kürzt das Telegramm gegen den Brief die Zeit nicht so erheblich auf kurzen Entfernungen als auf weiten Entfernungen. Es könnte daher wohl eine Abnahme der Aufgabe von Telegrammen auf kurze Entfernungen die Folge sein.

Der Reichshaushalts-Etat für 1876 wird in allen seinen Theilen und im Ganzen in dritter Berathung fast einstimmig genehmigt. Dem § 1 des Etatsgesetzes wird auf Antrag des Abg. Lasker unter Zustimmung des Präsidenten Delbrück hinzugefügt: „Die Vertheilung der unter Cap. 20 der Einnahme in einer Summe festgestellten Matricularbeiträge auf die einzelnen Bundesstaaten wird durch besonderes Gesetz geregelt." Nachdem darauf der Gesetz-Entwurf betreffend die Abänderung des §§ 44 des Brausteuer-Gesetzes, in dritter Berathung genehmigt und die allgemeine Rechnung über den Haushalt des Reichs für 1872 an die Rechnungs-Commission verwiesen ist, wird die Sitzung geschlossen — Nächste Sitzung Mittwoch, 19. Januar 1876.

[Berichtigung.] Dem stenographischen Bericht zufolge hat der Abg. Motteler in der Sitzung vom 14. Dezember gesagt: „Der Richterstand ist mit wenigen Ausnahmen kein unabhängiger, statt: „ehrenhafter" wie ihn unser Kammerbericht sagen ließ.

Danzig, den 18. Dezember.

Die Reichstagssitzung von Sonnabend, die letzte vor den Ferien, war ziemlich kurz, doch mangelte es ihr nicht an interessanten Momenten. Bei der dritten Berathung des Reichshaushaltsetats nahm der conservative Abg. v. Minnigerode das Wort, um nochmals ausführlich alle die Punkte zusammenzufassen, in denen er und seine Freunde von den Beschlüssen der Budgetcommission und der Majorität des Hauses abweichen. Die Rede war reichlich gespickt mit allerlei Invectiven gegen die liberale Partei, die jedoch unter der großen Unaufmerksamkeit des Hauses gänzlich wirkungslos blieben. Erst die etwas unbarmherzigen, aber verdienten Erwiderungen, welche dem jungen Führer der conservativen Partei von den Abgg. Richter und Rickert zu Theil wurden, ließen die Zuhörerschaft ahnen, was eigentlich derselbe auf der Tribüne gesündigt. Das Facit jener beiden Erwiderungen lief übereinstimmend auf das Urtheil hinaus, daß Herr v. Minnigerode die Beschlüsse der Commission und des Hauses gar nicht verstanden habe. Es ist um der Sache willen schade, daß die Conservativen in ihrem Führer den Liberalen nicht einen würdigeren Gegner entgegenzustellen haben, der die Gegenstände beherrscht und die Beschlüsse der Majorität von dem speciell conservativen Standpunkte aus einer, wenn auch noch scharfen Kritik unterzieht. So würden die Ansichten geklärt werden, der Sache würde dies nur zum Vortheil gereichen. Der dem Wohnsitze nach unserer Provinz angehörende jugendliche Führer der Conservativen hat sich in seinem Wahlkreise als ein eifriger Agitator bewährt, vor den Wahlen reiste er von Dorf zu Dorf, um für seine Wahl zu agitiren, und er hat nicht nur auf dem Lande, sondern auch in der Kreisstadt seine Anhänger gefunden. Um im Reichstage einen annähernd ähnlichen Erfolg zu erzielen, ist vor allen Dingen eine genauere Kenntniß der vorliegenden Thatsachen erforderlich, und der Mangel derselben läßt sich dort auch weniger, als in den heimathlichen Wahlversammlungen, durch die Dreistigkeit im Absprechen ersetzen. Den Wählern im Wahlkreise Pr. Holland-Mohrungen möchten wir aber eingehendes Studium der jüngsten Thätigkeit ihres Vertreters empfehlen. Der Abg. Lasker benutzte eine an ihn gerichtete Apostrophe des conservativen Redners, um zu erklären, daß er niemals beabsichtigt habe, für die wirthschaftlichen Sünden Einzelner ganze Parteien, zu denen dieselben sich bekennen, verantwortlich zu machen. Präsident Delbrück beschränkte sich zur Generaldiscussion auf die Bemerkung, daß der Bundesrath in Bezug auf die gegenwärtige Gestaltung des Etats durchaus seinen in der zweiten Lesung gemachten Bemerkungen beigetreten sei. In der Specialdiscussion gab der Abg. Lasker abermals den Wünschen der Mehrheit des Hauses in Betreff der Einrichtung bestimmt abgegrenzter selbstständiger Reichsämter Ausdruck. Das Etatsgesetz wurde schließlich mit allen Stimmen gegen die der Socialdemokraten angenommen.

Mit den bisherigen Ergebnissen der Session kann das deutsche Volk um so mehr zufrieden sein, wenn man einen Vergleich mit den übrigen gleichzeitig tagenden parlamentarischen Versammlungen des Continentes anstellt. Man darf gar nicht Frankreich oder Holland herbeiziehen, wo die Gesetzgeber fast das ganze Jahr beisammen sind, wo sie, wie in Versailles, die Welt fast täglich durch Ueberraschungen in Erstaunen setzen, am Ende einer Session aber fast genau auf demselben Platze stehen, wie vorher. Man darf nur die Abgeordnetenkammern von Pest und Wien vergleichen, wo die Budgetdebatten im November und Dezember etliche Wochen täglich acht bis neun Stunden in Anspruch nahmen, ohne ein nennenswerthes Resultat zu erzielen. Der Reichstag hat den Etat erledigt, obgleich er denselben auf vollständig andere Grundsätze gestellt hat. Erledigt sind ferner die drei Schutzgesetze, welche um der Gerechtigkeit willen und im Interesse der Kunst und Industrie unabweislich waren; das Verhältniß zwischen Post und Eisenbahnen ist im Sinne einer zeitgemäßen Reform definitiv geregelt; das Gesetz über die Beseitigung von Ansteckungsstoffen bei Viehbeförderungen trägt einem Interesse der Landwirthschaft Rechnung; der Etat für Elsaß-Lothringen, wie eine Anzahl von Particulargesetzen des Reichslandes sind absolvirt; außerdem sind einzelne Vorlagen, wie die Hilfskassengesetze und die Concursordnung, in den Commissionen so weit gefördert, daß sie nach den Ferien in Kürze erledigt werden können. Man wird den Fleiß des Reichstages um so mehr anerkennen müssen, wenn man bedenkt, daß derselbe bei Beginn der Session längere Zeit auf genügenden Arbeitsstoff warten mußte.

Erfreulicher noch ist, daß die Befürchtungen, welche sich vor Beginn der Session aufthürmten, zum größten Theile zerstreut sind. Jene Befürchtungen hatten einen realen Hintergrund in den verlangten neuen Steuern und in Forderungen der Strafrechtsnovelle, welche für jeden liberalen Mann absolut unerfüllbare Zumuthungen waren. Heute sind die neuen Steuervorlagen beseitigt, ohne daß darum ein Zerwürfniß mit der Regierung entstanden wäre. Die Strafrechtsnovelle hat allerdings noch nicht sämmtliche Stadien der Berathung durchschritten, doch steht fest, daß die principiell anstößigen Theile derselben endgültig abgelehnt werden, auch hier, ohne einen Bruch zwischen Regierung und Majorität herbeizuführen. Kaum jemals seit dem Bestehen parlamentarischer Einrichtungen in Deutschland sind die constitutionellen Rechte der Volksvertretung vom Regierungstische rückhaltloser anerkannt worden, als in den letzten Wochen. Wenn dabei von den Vertretern des Regierungsstandpunktes zugleich angedeutet wurde, man werde abwarten, wie sich bei den nächsten Wahlen das deutsche Volk über die streitigen Fragen aussprechen werde, so ist auch das ein constitutionell durchaus correctes Verhalten. Ob es politisch klug sein würde, wollte die Regierung bei den nächsten Wahlen gerade die wenigen absolut trennenden Momente, welche sich zwischen ihr und der bisherigen Reichstagsmehrheit herausgestellt haben, in den Vordergrund schieben, ist freilich eine andere Frage, mit deren Beantwortung man in den maßgebenden Kreisen der Reichsregierung ganz gewiß noch bei weitem nicht so fix und fertig ist, wie pessimistische Gemüther glauben machen möchten. Auf alle Fälle dürfen und werden die Sorgen um die noch ziemlich entfernten Wahlen das bisherige Zusammengehen der beiden Factoren der Reichsgesetzgebung in allen Punkten, wo es durch das öffentliche Interesse unbestreitbar gefordert wird, auch für den Rest der Legislaturperiode nicht beeinträchtigen. Das steht umsomehr fest, als auch bei der Berathung der schutzzöllnerischen Petitionen sich die Fortdauer vollkommenen Einverständnisses zwischen Regierung und Reichstagsmehrheit auf wirthschaftlichem Gebiet herausgestellt hat und damit jede Besorgniß, daß durch ein Hinausschieben der Aufhebung der Eisenzölle der protectionistischen Reaction die Thür geöffnet werden könnte, geschwunden ist.

Graf Arnim erfährt in einer Berliner Correspondenz der „Köln. Ztg.", welche wahrscheinlich auf officiöse Quellen zurückgeführt werden wird, einen neuen Angriff. Dieser lautet wörtlich: „Der Reichskanzler legt in den durch den Prozeß Arnim zur öffentlichen Kenntniß gelangten Depeschen ein besonderes Gewicht darauf, daß die Haltung des deutschen Botschafters zum Sturze von Thiers wesentlich beigetragen habe. Wie richtig diese Annahme ist, beweist die Thatsache, welche uns verbürgt wird, daß bereits zwei Monate vor dem Sturze von Thiers an einen Berliner Banquier von Paris aus telegraphirt wurde, der Sturz Thiers' sei in Folge der Position des deutschen Botschafters unvermeidlich, und daß dies die Veranlassung zu bedeutenden Verkäufen von französischer Rente wurde. Zugleich liefert diese Thatsache einen Beitrag dazu, daß die Börse nicht blos ein sehr feines Gefühl hat, sondern Fühlhörner besitzt, welche bis in die Cabinette der Botschaften reichen."

Die vor einiger Zeit von uns besprochene Meldung, daß Preußen sich vom Artikel 5 des Prager Friedens losgesagt hat, und in Folge dessen zunächst in Nordschleswig die deutsche Sprache als Unterrichtssprache einführt, gelangt in dem größeren Theile der Presse erst jetzt zur Besprechung und zwar auf einem Umwege. Die Aeußerungen deutscher Blätter wurden der Londoner „Morning Post" telegraphirt und gelangten von dort nach Kopenhagen, wo die dänischen Regierungskreise in nicht geringen Alarm versetzt wurden. Die dänischen Offiziösen dementiren die Meldung, da Preußen über die definitive Incorporirung Nordschleswigs in Kopenhagen nichts angezeigt habe; die Sache befinde sich im status quo. In Kopenhagen hat Fürst Bismarck freilich keine Mittheilung gemacht, weil nur Oesterreich aus Art. 5 des Prager Friedens einen Anspruch auf Erfüllung herleiten könnte. Der Zustimmung der befreundeten Wiener Regierung wird sich der Kanzler aber gewiß versichert haben. Daß der deutsche Gesandte in Kopenhagen, Herr v. Heydebrandt und der Lasa, gleich nach Bekanntwerden der Nachricht einen längeren Urlaub erhielt, hängt vielleicht auch mit der Angelegenheit zusammen.

Ueber die türkische Frage liegen heute eine Anzahl von Meldungen vor. Der Sultan hat dem britischen Botschafter bei Gelegenheit eines Empfanges versichert, daß die von der Pforte decretirten Reformen pünktlich und schleunig durchgeführt werden sollen. Wir wissen nicht, ob Abdul Azis selbst an seine Versprechungen glaubt, sonst aber glaubt gewiß Niemand daran. Schon deshalb sind Reformen unmöglich, weil der Beherrscher der Gläubigen es nicht fassen kann, daß er nicht willkürlich über den Staatsschatz verfügen solle. „Was? soll er kürzlich gerufen haben, 20 Mill. Sclaven sollen nicht einen einzigen Herrn ernähren können?" Dabei rebelliren die Soldaten, weil sie seit bald zwei Jahren keinen Sold erhielten, der Gehalt der Beamten ist noch länger rückständig, in den Straßen Konstantinopels schimpfen die Weiber auf den Großvezier und prügeln die Männer durch, daß sie keinen Ailik (Gehalt) bringen. Die Wiener Offiziösen sagen, es sei sehr schön, wenn die Pforte Reformen verspreche, die Durchführung werde aber nur gelingen, wenn die Hand der Mächte dabei behilflich sei. Lord Derby glaubt aber auch nicht, daß die Türkei mit den Mächten zusammen etwas zu Stande bringen. In der Rede, welche der englische Minister des Auswärtigen vorgestern in Edinburg gehalten, lautet der Passus über die orientalischen Angelegenheiten: „Die europäischen Cabinete sind mit einer Frage beschäftigt, deren endliche Lösung wogl noch in weiter Ferne liegt und deren Gestaltung noch Niemandem klar vor Augen steht. Ich glaube, daß gegenwärtig nur augenblickliche Hilfsmittel in Anwendung kommen können. Die Regierungen von Oesterreich-Ungarn und Rußland haben zweifelsohne den aufrichtigen Wunsch, die weitere Ausdehnung des Aufstandes in der Herzegowina zu verhindern und den Frieden und die Ruhe in den türkischen Provinzen wiederherzustellen. Wenn ich auch nicht die einzelnen Punkte des von Oesterreich aufgestellten Reform-Projectes kenne, so liegt es doch auf der Hand, daß die übernommene Aufgabe eine sehr schwierige ist. Wir wünschen derselben vollen Erfolg, aber wir dürfen nicht unzufrieden sein, wenn das Endergebniß nicht alles das bringen sollte, was wir wünschen möchten."

Im benachbarten Oesterreich bereitet der Aufstand große Schmerzen. Eine Partei, an deren Spitze Erzherzog Albrecht stehen soll, ist für Annexion von Bosnien, die meisten Deutschen wollen von der Verstärkung des Slaventhums nichts wissen, noch weniger aber die Magyaren. In Transleithanien hatten gemäßigt slavische Parteien die Oberhand in der slavischen Bezirken erhalten, die mit den Magyaren pactirten; seit Beginn des Aufstandes erheben aber die radicalen Nationalen ihr Haupt und schüchtern die gemäßigten Elemente ein. Die politischen Leidenschaften der ungarischen Serben wurden durch die Agitatoren in so hohem Maße aufgeregt, daß bereits einige Fanatiken gegen den Bischof von Lugos, Mihalyi, der wegen seiner Ungarnfreundlichkeit bei den Serben unpopulär ist, ein „Attentat" verübt wurde. Einer der Verschwornen, ein Serbe, schlich sich in der Nacht in das bischöfliche Palais, ein blankgeschliffenes Messer in der Hand, mit dem er den Bischof ermorden wollte. Ein Zufall verhinderte die Ausführung der That. Ein Diener des Bischofs trat dem fanatischen Serben im entscheidenden Moment entgegen und entwand ihm die Waffe. Auf den Hilferuf des Dieners eilte der Bischof herbei und half den Attentäter überwältigen, der dann der Behörde übergeben wurde. Die Serben suchen auch die Rumänen und die Magyaren von der äußersten Linken als Bundesgenossen zu gewinnen, aber vergeblich. Die Rumänen stehen ganz unter dem Einfluß ihrer Geistlichkeit, die den slawischen Bestrebungen abgeneigt ist, und bei den Magyaren mußten die Agitateren mit blutigen Köpfen das Weite suchen. Die Ungarn und Andrassy wünschen daher, daß der Aufstand so bald wie möglich beendigt wird. Daß auch an der dalmatischen Grenze schon Mißhelligkeiten entstehen, davon zeugt folgendes Telegramm der Wiener Blätter:

Ragusa, 17. Dez. Gestern Nachmittags ließ der Insurgentenführer Luko Petrovich auf der Straße nach Trebinje einen österreichischen Soldaten und einen dalmatischen Bauer tödten und ihnen die Köpfe abschneiden. Hierüber herrscht unter den Bewohnern von Bressa große Erbitterung, und haben sie heute Morgens den hiesigen Behörden eröffnet, daß, wenn die herzegowinischen Flüchtlinge nicht bis heute Abends aus dem District von Bressa ausgewiesen werden, dieselben niedergemacht würden. Zur Beruhigung der aufgeregten Gemüther wurde ein Beamter und Gendarmen nach dem District von Bressa abgesendet.

Deutschland.

△ Berlin, 19. Dezember. Der Bundesrath wird morgen und Mittwoch nach Plenarsitzungen halten. Der Reichshaushaltsetat für 1876 wird alsbald im „Reichsanzeiger" publicirt

werden. — Gleich nach der Vertagung des Reichstages soll zunächst in ununterbrochenen Sitzungen die Strafrechtsnovelle durchberathen werden und zwar wird man höchstwahrscheinlich mit denjenigen Bestimmungen beginnen, welche der Commission übertragen worden sind. Allem Anschein nach wird sich die Regiernng mit den von der letzteren vorgeschlagenen Veränderungen einverstanden erklären; wie denn überhaupt durch das Einvernehmen zwischen den Regierungen und dem Reichstage die Strafrechtsnovelle doch in weiterem Umfange zu Resultaten führen möchte, als man es vorher gedacht hat. — Die gestrige Soirée des Fürsten Bismarck war von Abgeordneten weniger zahlreich besucht, da viele derselben bereits die Heimreise angetreten hatten. Dagegen waren der Bundesrath und die preußischen Ministerien sowie die Generalsynode stark vertreten. Anwesend waren u. A. der Cultusminister Dr. Falk, der Kriegsminister v. Kameke, der Landwirthschaftsminister Dr. Friedenthal, der hessische Ministerpräsident Hoffmann u. s. w., die Damen des Hauses waren wieder nicht erschienen. Fürst Bismarck empfing die Gäste in zuvorkommendster Weise und entließ die Gesellschaft erst gegen Mitternacht.

— Gestern um 2 Uhr 30 Minuten wurde die außerordentliche General-Synode durch eine Ansprache des Königl. Commissars, Präsidenten Dr. Herrmann geschlossen. Die General-Synodal-Ordnung ist bei der Abstimmung über das Ganze mit 134 gegen 62 Stimmen angenommen worden.

— S. M. Schiff „Augusta" ist am 17. Dezember cr. in Plymouth eingetroffen. An Bord Alles wohl. — S. M. Schiff „Arcona" ist am 14. d. von Plymouth nach Kiel in See gegangen. — S. M. Schiff „Medusa" verließ am 11. September cr. die Rhede von Funchal, ging am 17. dess. Mts. auf der Rhede von St. Vincents (Cap Verde-Inseln) zu Anker, um Kohlen und Proviant einzunehmen, verließ dieselbe am 21., ankerte am 27. im Hafen von Santos und traf am 14. November cr. in Montevideo ein.

* Aus amtlicher Quelle berichtet der „Staatsanzeiger": Die Hauptursache des Unglücksfalles der „Deutschland" war der Bruch der Schraube. Trotz des Fehlers im Curse wäre die „Deutschland" gerettet. Das Benehmen des Capitäns und der Mannschaft war nach Aussage aller Passagiere musterhaft. Die deutsche Handelsmarine sieht daher der Untersuchung mit Ruhe und Stolz entgegen. Dagegen bedarf die Thatsache, daß der Dampfer dreißig Stunden in der Nähe der Küste und in Sicht zweier Leuchtschiffe ohne Hilfeleistung vom Lande aus verbleiben konnte, näherer Aufklärung Der ehrenwerthe Charakter Großbritannien's und die unbeschränkteste Oeffentlichkeit der Verhandlungen verbürgen eine unparteiische Führung der Untersuchung.

Breslau, 18. Dezember. Wie die „Schles. Pr." meldet, ist der Standesbeamte Hofferichter auf dem heutigen zweiten Termine zur Ableistung des von ihm geforderten Eides nicht erschienen. Der Vorsitzende des Gerichtshofes verlas ein von Hofferichter eingegangenes Schreiben, in welchem derselbe mittheilt, daß er gestern Deutschland verlassen habe. Nachdem ein Gerichtsdiener, welcher mit dem Sistirungsbefehl in die Wohnung Hofferichter's abgesandt, erfolglos zurückgekehrt war, beschloß der Gerichtshof von Neuem die Verhaftung Hofferichter's. — Wie das „Schles. Kirchenbl." erfährt, wäre die österreichische Regierung entschlossen, die Trennung des österreichischen Theiles der Diöcese Breslau von dem preußischen Theile zu vollziehen. Der Papst und der Fürstbischof Dr. Förster hatten ihre Zustimmung bereits erklärt und schwebten die Unterhandlungen hierüber noch mit dem päpstlichen Nuntius. Man gedenke ein neues Bisthum Teschen zu bilden und demselben einen Theil des Olmützer Erzbisthums einzuverleiben. Die Unterhandlungen mit der preußischen Regierung berührten in der Hauptsache die Geldfrage, da die österreichische Regierung nicht gewillt sei, von der Dotation des österreichischen Theiles der Diöcese etwas herauszugeben.

Mainz, 15. Dezbr. Das „Mainzer Journal" meldet in eigener Sache: „Heute Vormittag wurden sämmtliche an unserem Journal beschäftigte Setzer in Betreff des wegen Ministeriums-Beleidigung incriminirten Artikels vom Untersuchungs-Richter vernommen. Keiner derselben wußte jedoch etwas anzugeben über den Verfasser des betreffenden Artikels, der bereits vor einem Monat erschienen ist."

Holland.

Haag, 18. Dezbr. Die zweite Kammer hat in ihrer gestrigen Abendsitzung mit 37 gegen 36 Stimmen das Budget für Fortificationen abgelehnt, welches einen Theil des Budgets des Kriegsministeriums bildet. Der Kriegsminister erklärte hierauf, er könne unter diesen Umständen das Budget für den Krieg nicht acceptiren und stelle zunächst das Verlangen, daß die Discussion über das Budget vertagt werde. (W. T.)

Schweiz.

Bern, 18. Dezbr. In der heutigen Sitzung der Bundesversammlung erklärten Heer, Anderwerth und Hammer sich zur Annahme der auf sie gefallenen Wahl als Bundesrathsmitglieder bereit. An Stelle Richonnet's wurde im ersten Wahlgange Estoppey gewählt, der jedoch ablehnte. Hierauf wurde Droz im zweiten Wahlgange mit 85 Stimmen gewählt, 20 Stimmen fielen auf Roguin. — Zu Bundesrichtern wurden Dubs und Hans Weber (Redacteur der „Züricher Zeitung") gewählt, zum Präsidenten des Bundesgerichts Roguin und zum Vicepräsidenten Morel. (W. T.)

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 18. Dezbr. Die Zahlungseinstellungen nehmen in so rapider Weise zu, daß gegenwärtig bei den Wiener Landesgerichte nicht weniger als 485 Untersuchungen theils wegen schuldbaren, theils wenigen betrügerischen Bankerottes anhängig sind.

Wien, 18. Dezbr. Nach einer Mittheilung der Direction der Creditanstalt ist die Nachricht, daß die Creditanstalt genöthigt sei, zur Bezahlung des vollen Januar-Coupons die Reserve anzugreifen, ohne jede authentische Grundlage, da die zur Beschlußfassung hierüber nöthigen rechnungsmäßigen Zusammenstellungen erst zu Ende der nächsten Woche vorliegen werden. (W. T.)

Pest, 18. Dezbr. In der heutigen Sitzung des Unterhauses wurde der Handelsvertrag mit Rumänien ohne wesentliche Abänderung genehmigt. Sodann beantwortete der Ministerpräsident Tißa die bereits gemeldete Interpellation des Abg. Ernst Simonyi über die Absichten der österreichisch-ungarischen Regierung bezüglich einer Occupation von Theilen der insurgirten türkischen Provinzen. Der Minister erklärte, daß die ungarische Regierung bis jetzt keine Gelegenheit gehabt habe, einer solchen Maßregel ihre Zustimmung zu geben oder dieselbe zu verweigern. Im Uebrigen wirke der Minister der auswärtigen Angelegenheiten in Uebereinstimmung mit den anderen Mächten Europas dahin, durch die möglichst baldige Wiederherstellung des Friedens in den insurgirten türkischen Provinzen auch selbst die Möglichkeit einer Störung des europäischen Friedens zu beseitigen. (W. T.)

Frankreich.

×× Paris, 17. Dezember. Die Wahloperation in Versailles ist noch nicht beendet. Gestern wurden 10 Senatoren ernannt, welche alle der Linken angehören, nämlich General Chareton, Bérenger, Magnin, Denormandie, Jules Simon, E. Adam, Laurent-Pichat, Schoelcher, Cazot, General Billot. Nur 653 Deputirte nahmen an der Abstimmung Theil, 63 derselben gaben leere Zettel ab, die absolute Mehrheit sank also auf 296. Wenn gleichwohl nicht alle Candidaten der Linken durchgingen (es bleiben noch 5 Mandate zu vergeben), so beweist das, daß auch die Reihen der Republikaner sich gelichtet hatten. Was die Rechte angeht, so stimmte sie ordnungslos; sie hatte keine Candidatenliste mehr drucken lassen, und jedes ihrer Mitglieder füllte seinen Wahlzettel mit ganz beliebigen Namen oder ließ denselben leer. Der Kriegsminister Cissey erhielt nur mehr 216 und der Bischof Dupanloup nur 166 Stimmen. Der Sieg der Linken ist also vollständig; ein solches Resultat hätten die Republikaner sich vor acht Tagen selbst nicht träumen lassen. Unter 70 Senatoren haben die Ministeriellen nur 3 ihrer Candidaten durchgebracht. Es fragt sich nun, ob die Linke nicht heute wirklich, wie gestern schon von mehreren Seiten beantragt wurde, einigen ihrer Gegner eine Stelle im Senat einräumen wird, den Diplomaten namentlich und dem Kriegsminister de Cissey, man spricht auch von Herrn de Lesseps. Gambetta und seine Freunde scheinen nicht dafür, aber im linken Centrum will man den errungenen Vortheil nicht bis zum Aeußersten treiben. Was auch geschehen mag, so wird nach dem Schluß der Wahlen die Stellung des Cabinets zur Kammer eine äußerst gespannte sein. Mehr noch als gegen die Republikaner ist Buffet gegen d'Audiffret-Pasquier erbittert, welcher ihn, den Vicepräsidenten des Conseils, nicht in Schutz nahm, als Gambetta ihn auf der Tribüne den „Minister der Unterbrechungen" nannte. Der Aerger der Regierungspartei ist nicht zu beschreiben. Alle diese Orleanisten vom rechten Centrum, die so bestimmt darauf rechneten, mit Hilfe der offiziellen Candidatur in die neue Kammer zu bringen, haben jetzt das Gefühl, daß ihnen der Boden unter den Füßen weggezogen wird. Denn die offizielle Candidatur kann nur von einer starken Regierung mit Erfolg angewandt werden. Wenn die Beamten, welche der Minister des Innern im Wahlkampf befehligt, kein Vertrauen auf die Dauer der Regierung haben, so ist nicht viel von ihnen zu erwarten; sie werden sich nicht für einen Minister, den sie verloren glauben, compromittiren. Die Niederlage Buffet's und der Orleanisten ist aber in der Kammer eine so erdrückende gewesen (in einer Kammer, die von ihrer reactionären Gesinnung doch so viele Proben gegeben hatte), daß die Präfecten sie fragen müssen, ob sie nicht für eine ganz verlorene Sache arbeiten. „Der Beamte in Frankreich, sagt die République mit Recht, ist vorsichtig, sehr vorsichtig; er will an Allem seine Stelle behalten und geht nicht leichtsinnig auf's Eis; es hieße zu viel Heldenmuth von ihm erwarten, wollte man von ihm verlangen, daß er sich freiwillig in den Abgrund werfe, welcher das Glück des Orleanismus verschlungen hat." Daß Buffet die Absicht habe, von den Wahlen noch einen großen Präfectenschub vorzunehmen, wird officiös in Abrede gestellt. — Der Held des Tages ist Jules Simon, der gestern einen zweimaligen Anspruch auf Unsterblichkeit erworben hat, indem er zum Frühstück in die Akademie und zum Mittagsessen in den Senat gewählt wurde. Natürlich hatte die akademische Wahl auch einen ganz politischen Anstrich. Für J. Simon stimmte, wie man sagt, die ganze Thiers'sche Partei, Thiers selber, Littré, J. Favre, Mignet, Legouvé u. s. w., ferner V. Hugo, Al. Dumas und Dufaure; für seinen Concurrenten de Bornier stimmten dagegen de Falloux, de Broglie, Em. Ollivier und alle Clerikalen. Der Duc d'Aumale war nicht anwesend; auch John Lemoinne, der noch nicht officiell in die Akademie aufgenommen ist, nahm nicht an der Wahl Theil.

— 18. Dezbr. Die von auswärtigen Blättern gebrachte Nachricht, daß der Vicomte de Gontaut-Biron von dem Botschafterposten in Berlin zurücktrete und durch den Grafen Choiseul-Praslin ersetzt werden solle, entbehrt der „Agence Havas" zufolge jedweder Begründung. Auch der französische Botschafter in Petersburg, General Leflo, kehrt demnächst auf seinen Posten zurück. — In dem Prozesse des Fürsten Beauffremont gegen seine geschiedene Ehefrau ist gestern das Urtheil des Civilgerichts ergangen. Nach demselben sollen die Kinder des Fürsten bis zu ihrem 21. Jahre oder bis zu ihrer Verheirathung in dem Pensionat Sacré-Coeur erzogen werden. Die Güter der Fürstin werden sequestrirt.

— In der heutigen Sitzung der National-Versammlung wurde der Minister des öffentlichen Unterrichts, Wallon, und der Bischof von Orleans, Dupanloup, zu Senatoren gewählt. Es sind nun Seitens der Nationalversammlung noch 2 Senatorenwahlen zu vollziehen. Sodann wurde die Discussion über die Eintheilung der Wahlbezirke eröffnet. Es wurden dieselben für 35 Departements festgestellt. Montag wird die weitere Feststellung der Wahlbezirke erfolgen. (W. T.)

Belgien.

Brüssel, 17. Dezbr. Die Regierung hat in der „Phönix"-Angelegenheit das Gutachten der ersten Seemächte eingeholt und deren Antworten lauten günstig für Holland. Der Zwischenfall wird daher ohne Weiterungen vorgelegt werden.

Italien.

Rom, 18. Dezbr. In dem bekannten Conflicte zwischen der italienischen Regierung und dem Bischof von Mantua wegen der von der Regierung vorgenommenen einseitigen Ernennung des Geistlichen Martini zum Abte von Santa Barbara hat der Papst nunmehr ungeachtet der bischöflichen Einsprache die Anstellung des Geistlichen Martini bestätigt. (W. T.)

— Der Graf Arnim ist in Florenz angekommen und hat mit seiner Familie ein elegantes Quartier am Lungarno bezogen, wo er den Winter zuzubringen gedenkt.

England.

London, 18. Dezbr. Der Staatssecretär des Auswärtigen, Lord Derby, hat sich bei einer Versammlung in Edinburg auch über die orientalische Frage ausgesprochen und u. A. geäußert, er glaube nicht, daß dieselbe bis zum Beginn des bevorstehenden neuen Jahres geregelt sein werde. Jede dabei interessirte Regierung scheine zwar zur größten Mäßigung geneigt, aber die Frage sei für alle Mächte von den größten Schwierigkeiten. Der Ankauf der Suezcanal-Actien des Khedive durch die englische Regierung würde, wenn er die ihm fälschlich beigelegte Bedeutung eines Protectorates England's über Aegypten in der That hätte, nicht als ehrlich (honest) betrachtet werden können. England habe damit aber lediglich eine gewisse weitere Sicherheit für die Nichtunterbrechung seiner Verbindung mit Indien erlangt. Er sei so glücklich, glauben zu dürfen, daß von der von mancher Seite vorausgesagten Eifersucht der anderen Mächte im Auslande sehr wenig zu spüren sei. — Wie die amtliche „London Gazette" mittheilt, hat der Staatssecretär des Aeußern, Graf v. Derby, eine Note des österreichischen Botschafters, Grafen v. Beust, vom 11. d. M. erhalten, in welcher die Aufkündigung des zwischen Oesterreich und England bestehenden Handelsvertrages und der dazu gehörigen Supplementar-Convention angezeigt wird. Dieselben laufen am 1. Januar 1877 ab.

— Der „Morning Post" zufolge steht eine wesentliche Erhöhung des Marine-Budgets bevor, und zwar zu dem Zwecke, noch Panzerschiffe und ungepanzerte Schnellkreuzer zu bauen. Die Admiralität unterzieht den Marine-Unterricht einer eingehenden Prüfung Behufs nothwendiger Verbesserungen.

— Nach hier eingelangten amtlichen Nachrichten aus Penang vom gestrigen Tage waren die englischen Truppen am 13. cr., ohne Widerstand zu finden, in Blanja eingetroffen. Der Führer der Aufständischen, Ismail, hatte sich mit seinen Anhängern von Blanja nach Kinta gezogen, die englischen Truppen setzten in Folge dessen ihren Marsch nach Kinta fort.

Dänemark.

Kopenhagen, 17. Dezember. Es wird die Eventualität einer Kammer-Auflösung über die Bildung eines Ministeriums aus der Linken erwogen.

Rußland.

Petersburg, 19. Dezbr. Der vor dem hiesigen Bezirksgerichte unter Zuziehung von Geschworenen gegen den Commerzienrath Owsjannikoff, den Kaufmann Lewtejew und den Kleinhändler Rudemetoff wegen Brandstiftung geführte Prozeß ist in der vergangenen Nacht beendet worden. Das Urtheil lautet gegen Owsjannikoff auf Verbannung in eine entlegene Gegend Sibirien's. Lewtejew und Rudemetoff, bei denen mildernde Umstände angenommen wurden, sind zu 9- resp. 8jähriger Zwangsarbeit verurtheilt worden.

Moskau, 16. Dezbr. Die Voruntersuchung gegen die Directoren der Commerzbank und gegen Dr. Strousberg ist beendet. Die Acten liegen dem Staatsanwalt zur Klage-Erhebung vor. Der Prozeß beginnt voraussichtlich Mitte Januar. Der Antrag des Vertheidigers von Strousberg, denselben unter seiner persönlichen Haftbarkeit in's Schuld-Gefängniß zurückzuführen, weil Strousberg's Gesundheitszustand durch das Casemattenleben leide, wurde vom Gerichte zurückgewiesen, dagegen der in seiner Zelle lebensgefährlich erkrankte Director Landau aus den Casematten in Hausarrest überführt.

Serbien.

Belgrad, 17. Dezbr. Der Fürst hat das Demissionsgesuch des Finanzministers Jankowitsch angenommen und den Bauminister Sdravkowitsch interministisch mit Leitung des Finanzministeriums beauftragt. (W. T.)

Danzig, 20. Dezember.

* Ueber die erste Session der Provinzial-Landtage wird offiziös geschrieben: Die Provinzial-Landtage werden voraussichtlich unmittelbar nach Neujahr, muthmaßlich zum 3. Januar, einberufen werden. Allerdings wird es sich vorläufig bei der knapp bemessenen Frist bis zur Eröffnung des allgemeinen Landtags nur um eine kurze Session handeln, in welcher wohl nur die Vorstandswahlen, die Wahlen der Landesdirectoren und die geschäftlichen Einrichtungen vorgenommen werden können. Die Erledigung materieller Aufgaben muß mit Rücksicht auf die Lage der parlamentarischen Verhältnisse bis auf Weiteres verschoben werden.

* (Traject über die Weichsel.) [Nach dem Aushang auf dem Bahnhofe der Ostbahn.] Culm-Terespol: Bei Tag und Nacht mit Fuhrwerk über die Eisdecke. — Warlubien-Graudenz: Bei Tag und Nacht mit Fuhrwerk jeder Art über die Eisdecke. — Czerwinsk-Marienwerder: Bei Tag und Nacht mit Fuhrwerk über die Eisdecke.

* Für den Postverkehr mit Frankreich und Algerien treten zum 1. Januar in Folge des Beitritts zum Weltpostverein namhafte Erleichterungen ein. Das Briefporto wird von 30 Pfennig auf 20 Pfennig, das Porto für Postkarten von 30 Pfennig auf 10 Pfennig, für Waarenproben von 15 Pfennig auf 5 Pfennig, für Zeitungen und Drucksachen von 8 Pfennig auf 5 Pfennig ermäßigt. Zum 1. Februar werden die Post-Anweisungen im Verkehr mit Frankreich und Algerien eingeführt.

[Selonke's Theater.] Die gestern gegebenen Stückchen gingen vor gut besetztem Hause in Scene. Von diesen ist das Vaudeville „Das Fest der Handwerker", welches zum Benefiz des Frl. v. Pachert in verkehrter Besetzung einstudirt war und gestern wiederholt wurde, zu erwähnen, und zwar aus dem Grunde, weil es Referent nicht geeignet erscheint, mit solchen Mitteln das Publikum zu reizen, obgleich durchaus nicht zu verkennen ist, daß Einzelne der Mitwirkenden ihre Partien ganz gelungen durchführten. Frl. v. Pachert sollte es unterlassen, die verbrauchten Couplets wieder aufzufrischen. — Seit einigen Tagen gastirt die Ballet- und Sänger-Gesellschaft Geschwister Cassino an dieser Bühne, die sehr beifällige Aufnahme findet und auch sehr wohl geeignet ist, das Auditorium bestens zu unterhalten; ebenso ein Herr Friquet, der als Jongleur Außerordentliches leistet. — Zu übermorgen ist eine Kindervorstellung arrangirt, in welcher „Prinzessin Marzipan und der Schweinehirt von Zuckerkant", eine Kinderkomödie, gespielt von 60 Kindern, zur Aufführung gelangt.

Culm, 17. Dez. In der gestrigen Stadtverordneten-Versammlung genehmigte die Versammlung die Verabfolgung von täglich 50 Portionen Mehlsuppe an städtische Arme während zweier Monate und bewilligt dafür die Verausgabung von 300 Mark.

— Die meteorologische Station Thorn tritt vom 1. Januar 1876 ab in die Reihe derjenigen Stationen, welche täglich telegraphische Witterungsberichte an die deutsche Seewarte in Hamburg einsenden.

— Die „Deutsche Reichs-Spinnstube" schreibt: Wie wir hören, ist an den schon oft von uns erwähnten Reserveoffizier, der eine Civilehe eingegangen, abermals schriftliche Anfrage gelangt, welche Stellung er unsern Artikeln gegenüber einnehme. Die Antwort lautete kurz und bündig: „gar keine".

Vermischtes.

Bremen, 19. Dezember. Der wahre Name des Thomas scheint, wie man der „W.-Z." schreibt, William King Alexander zu sein und der Bösewicht dürfte in verwandtschaftlicher Beziehung zu einem bekannten Newyorker Hause, Eigner einer Dampferlinie zwischen Havanna und Newyork stehen.

Börsen-Depesche der Danziger Zeitung.

Die heute fällige Berliner Börsen-Depesche war beim Schluß des Blattes noch nicht eingetroffen.

Hamburg, 18. Dezbr. [Productenmarkt] Weizen loco und auf Termine flau. — Roggen loco still, auf Termine matt. — Weizen pr Dezbr. 126 ℔ 1000 Kilo 199 Br., 198 Gd., pr April-Mai 126 ℔ 207 Br., 206 Gd. — Roggen pr Dezbr. 1000 Kilo 146 Br., 145 Gd., pr April-Mai 153 Br., 152 Gd. — Hafer fest. — Gerste flau. — Rüböl still, loco 72, pr Mai pr 200 ℔ 70½. — Spiritus flau, pr 100 Liter 100 pCt. pr Dezember 35½, pr Januar-Februar 35¾, pr April-Mai 36½, pr Juni-Juli 37¾. — Kaffee matt, geringer Umsatz. — Petroleum fest, Standard white loco 11,80 Br., 11,70 Gd., pr Dezember 11,70 Gd., pr Januar-März 11,70 Gd. — Wetter: Sehr trübe.

Danziger Börse.

Amtliche Notirungen am 20. Dezember.

Weizen loco mehr Kauflust zu billigen Preisen, pr Tonne von 2000 ℔

feinglasig u. weiß	132-135 ℔	215-220 M. Br.	175-207 M. bez.
hochbunt . . .	131-134 ℔	210-215 M. Br.	
hellbunt . . .	127-131 ℔	205-212 M. Br.	
bunt	125-131 ℔	195-205 M. Br.	
roth	128-134 ℔	190-200 M. Br.	
ordinair . . .	122-130 ℔	175-190 M. Br.	

Regulirungspreis 126 ℔ bunt lieferbar 197 M.
Auf Lieferung 126 ℔ bunt pr April-Mai 208 M. Br., 207 M. bez.
Roggen loco unverändert, pr Tonne von 2000 ℔ 150, 151 M. pr 120 ℔ bez.
Regulirungspreis 120 ℔ lieferbar 149 M.
Auf Lieferung pr April-Mai 154 M. Br., 151 M. Gd.
Gerste loco pr Tonne von 2000 ℔ große 114, 115 ℔ 162 M., kleine 103/4 ℔ 135 M.
Erbsen loco pr Tonne von 2000 ℔ weiße Mittel- 157—161 M.
Wicken loco pr Tonne von 2000 ℔ 206 M.

Wechsel- und Fondscourse. London, 8 Tage, 20,325 Gd., do. 3 Mon. 20,19 gem. Amsterdam, 8 Tage 169,10 Br. Paris, 8 Tage 80,95 Br. 4½ pCt. Preuß. Consf. Staatsanleihe 104,75 Gd. 3½ pCt. Preuß. Staats-Schuldscheine 91,40 Gd. 3½ pCt. Westpreußische Pfandbriefe, ritterschaftlich 83,35 Gd. 4 pCt. do. do. 93,00 Gd., 4½ pCt. do. do. 100,90 Br., 100,85 gem. 5 pCt. Pommersche Hypotheken-Pfandbriefe 99,75 Br. 5 pCt. Stettiner National-Hypotheken-Pfandbriefe 101,00 Brief.

Das Vorsteheramt der Kaufmannschaft.

Danzig den 20 Dezember 1875.

Getreide-Börse. Wetter: Frost. Wind: N.

Weizen loco fand am heutigen Markte bei reichlicherer Zufuhr nur Verwendung und Kauflust zu billigeren Preisen, und wurden im Ganzen 210 Tonnen umgesetzt. Bezahlt ist für Sommer- 125, 128 ℔ 184 M., 132 ℔ 185, 186 M., 135 ℔ 187 M., roth 133/4 ℔ 195 M., bezogen 129/30 ℔ 175 M., bunt 123, 125 ℔ 180 M., grau glasig 126, 129 ℔ 195 M., glasig 129/30 ℔ 200 M., hellbunt 127/8, 130 ℔ 202, 203, 206, 207 M., hochbunt glasig 134 ℔ 207 M. pr Tonne. Termine unverändert, April-Mai 207 M. bez., 208 M. Br. Regulirungspreis 197 M.

Roggen loco unverändert, 124 ℔ 154, 155 M., 126 ℔ 156 M. pr Tonne ist für 40 Tonnen bezahlt. Termine nicht gehandelt. April-Mai 154 M. Br., 151 M. Gd. Regulirungspreis 149 M. — Gerste loco kleine 103/4 ℔ ist mit 135 M., schöne große 114 ℔ 162 M. pr Tonne bez. (Die Notiz vom Sonnabend 162, sollte 152 heißen.) — Erbsen loco Mittel 157 M., feine Koch- 161 M. pr Tonne bez. — Wicken loco brachten 206 M. — Spiritus loco ist zu 44,25 M. verkauft, franco Bahn hier von auswärts wurde zu 43,50 M. gekauft.

Schiffs-Listen.

Neufahrwasser, 19. Dezbr. Wind: SW.

Angekommen: Martin, Dannenberg, Leith; George, Sommer, Leith; Preuße, Krause, Leith; Laura, Pahlow, Sunderland; Königin Elisabeth Luise, Schmidt, Leith; Friedrich der Große, Utech, Leith; Otto Linck, Gronmeyer, Leith; Louise, Rutzen, Grangemouth; Breslau, Häger, Hartlepool; Queen Victoria, Harwardt, Leith; Louise Spalding, Gronow, Newcastle; Waldemar, Jahnke, Sunderland; Ceres, Gohrbandt, Sunderland; Martha, Hünemüller, Hartlepool; Hevelius, Albrecht, Leith; Robert u. Paul, Harder, Newcastle; sämmtlich mit Kohlen. — Hilda, Larsen, Peterhead, Heringe. — Emma, Rogge, Leith, Kohlentheer. — Diogenes, Völker, London, Cement. — Amy, Robertson, Peterhead, Heringe. — Condor, Lemke, Newcastle, Coaks und Güter. — Arcturus, Brandhoff, Liverpool, Salz. — Transportdampfer „Eider".

Gesegelt: Anna, Bersagel, Memel, Heringe. — Cierus, Falk, Memel, Gerste.

Von der Rhede gesegelt: George Linck, Niemann; Alfarin, Thergesen; beide nach Pillau.

Den 20. Dezbr. Wind: S.

Nichts in Sicht.

Thorn, 18. Dez. Wasserstand: 3 Fuß 9 Zoll.
Wind: W. Wetter: trübe.

Meteorologische Beobachtungen.

Dezbr.	Stunde	Barometer-Stand in Par. Linien	Thermometer im Freien.	Wind und Wetter.
19	12	339,23	+ 0,2	WNW., flau, hell, heiter.
20	8	338,57	— 4,2	S., mäßig, hell, diesig.
	12	337,81	— 2,4	S., mäßig, hell, klar.

Statt besonderer Meldung:

Heute 10¼ Uhr Vormittags wurden wir durch die Geburt eines munteren Söhnchens erfreut.

Abban Altmark, den 18. Decbr. 1875.

C. Schroeter, u. Frau.

Die heute vollzogene Verlobung unserer einzigen Tochter Anna mit Herrn Jacob Welke aus Schönsee zeigen wir ergebenst an.

Abraham Regehr u. Frau.

Neumünsterberg, d. 20. Dec. 1875.

Als Verlobte empfehlen sich:

Anna Regehr,
Jacob Welke.

Hermann Lau,
Musik-Handlung,
74, Langgasse 74.

Großes Lager der gangbarsten
Musikalien
in soliden und eleganten Einbänden zu den billigsten Preisen.
Musikmappen
in reicher Auswahl.

Schiff Leucothea

ist am 15. d. Mts. von Leith nach hier abgegangen, was wir hiermit zur Kenntniß der Betheiligten bringen.

Aug. Wolff & Co.

Die unbekannten Connoissement-Inhaber der Kohlenladungen ex
„Friedrich der Große" Capt. Utech,
„George" Capt. Sommer
werden hierdurch benachrichtigt das genannte Schiffe in Neufahrwasser löschbereit liegen.

G. L. Hein.

Geräuch. Silberlachs, Elb-Caviar, Spickaale, russische Sardinen, Anchovis, Aalmarinaden &c.

in feinster Qualität, sowie alle Gattungen Tafelfische empfiehlt und versendet zu den billigsten Preisen

Siegfried Möller jun., Danzig,
Tobiasgasse 30.

Thorner Pfefferkuchen von
Gustav Weese
früher Gr. Krämergasse 9, jetzt
Ketterhager Gasse Nr. 1
mit vollständigem Sortiment.

Champagner.

60 Fl. gr. vin Impérial (der Firma **Koch fils à Avize**) sind im Ganzen oder getheilt à 3 Mk. 75 Pf. zu haben Langenmarkt 19.

Geräucherten Silberlachs in kleinen u. großen Hälften, frischen Lachs, Neunaugen und andere Marinaden in Fässern bei

H. H. Roell,
Poggenpfuhl 37.

Birkhühner, Haselhühner

versendet Brunzen's Seefischhandlung.



2 gebrauchte
Lefaucheux-
Doppelflinten, Cal. 16, feine Damas-Läufe, gut erhalten, habe billig zu verkaufen.

A. W. v. Glowacki,
Waffenfabrik Breitg. 115.

Gelb. u. weißen Wachsstock, Wachs- u. Paraffin-Baumlichte
in allen Packungen,
Prima Stearin- und Paraffin-Lichte
von 50 ₰ pro Pack an,
empfiehlt

H. Regier, Hundeg. 80.

Die Hutfabrik
von
Otto Hagemann,
4. Krämergasse 4,

erlaubt sich ihr reich sortirtes Lager in Filz- und Seidenhüten, Mützen, Filzschuhen &c. einem hochgeehrten Publikum bestens zu empfehlen. (2592

Ein Herrenpelz

und einige andere Herrenkleider sind billig zu verkaufen Fleischergasse 55, 2 Tr.

Ein neuer mahag. Damenschreibtisch ist billig zu verkaufen Kohlengasse No. 2, 1 Treppe. (2583

Ein ganz neuer weißer Atlas-Kragen ist Umstände halber billig zu verkaufen.
Adr. u. J. W. 2575 in der Exp. dieser Ztg. erbeten.

Naturforschende Gesellschaft.

Mittwoch, d. 22. Decb. Abends 7 Uhr, Sitzung des
Anthropologischen Vereins
am Frauenthor,

Tagesordnung:

1) Mittheilungen der Herren Kaufmann Oehlschläger u. Schück über neuere Gräberfunde.
2) Ueber Schliemann's Troja von dem Vorsitzenden.

Dr. Lissauer.

Große Weihnachts-Ausstellung

von eleganten, neuen, überraschend schönen Geschenken aller Art zu den billigsten Preisen bei

Julius Konicki,
Gr. Wollwebergasse 14.

Jeder Käufer erhält
auf einen Thaler Thorner u. Berliner Pfefferkuchen 5 Sgr. Zugabe, auch empfehle mein großes Lager Katarinchen und Kanehlchen von feinstem Geschmack. Wiederverkäufer erhalten den höchsten Rabatt.

Theodor Becker, Conditor u. Pfefferkuchen-Fabrikant,
Langgasse 82, am Thor, und Heiligegeistgasse 24.

Zu
Weihnachts-Einkäufen

empfehlen unser reichsortirtes Lager in Leinen, Gedecken, Servietten, Handtüchern, Taschentüchern
zu Fabrikpreisen.

Größtes Lager in
fertiger Wäsche
zu bedeutend ermäßigten Preisen.

S. Hirschwald & Co.,
Leinen-Handlung und Wäsche-Fabrik,
Wollwebergasse No. 15.

Unser
Weihnachts-Ausverkauf

bietet Gelegenheit zu sehr billigen Einkäufen und enthält derselbe:

Oberhemden von 20 Sgr., früher 1 Thlr.,
Damenhemden von 20 Sgr., früher 1 Thlr.,
große leine Taschentücher, das ganze Dtd. 1 Thlr. 3 Sgr.,
¾ leine Kinder-Taschentücher à Dutzend 22½ Sgr.,
Spinnen-Garnituren 7½ Sgr.,
leine Damenschürzen von 9 Sgr.,
Damenschürzen von 7½ Sgr.,
Weiße Damenröcke von 15 Sgr.,
Damen-Pantalons von 15 Sgr.,
Corsets, weiß und grau, von 6½ Sgr.,
seidene Damentücher von 5 Sgr.,
do. Herren-Halstücher von 15 Sgr.,
Chemisetts von 4 Sgr.,
schwarze Steppröcke von 1 Thlr. 20 Sgr., früher 2 Thlr. 20 Sgr.,
Nachthauben, ½ Dutzend von 18 Sgr.,
Morgenhauben von 3 Sgr.,
Waffeldecken von 24 Sgr., früher 1 Thlr. 5 Sgr.

und viele andere Artikel zu gleich billigen Preisen.

Kiehl & Pitschel,
Leinen-Handlung u. Wäsche-Fabrik,
71. Langgasse 71.

Ein Posten feine Reste Shirting à Meter 45 Pfennige.

Die kleinen Pfleglinge der hiesigen vier
Klein-Kinder-Bewahr-Anstalten
werden die **Weihnachtsbescheerung**, zu welcher ihre gütigen Wohlthäter uns die erbetenen Beiträge freundlichst bereits gespendet haben, (oder, wie wir hoffen dürfen, noch (zu Händen des unterzeichneten Vorstandes) spenden werden, am zweiten Feiertage, Nachmittags 5 Uhr, in dem von den betreffenden Verwaltungen uns wohlgeneigt dazu eingeräumten Artushofe erhalten.

Der Eintritt zum Anschauen des Festes gegen 25 ₰ Eintrittsgeld ist durch den Haupteingang am Langenmarkt, für Solche, welche durch Karte eingeladen, durch die angrenzende Kastellan-Wohnung.

Caroline Klinsmann,
Tobiasgasse 27.

Kabus, Langgasse 55, **Zimmermann,** Hundegasse 46. **Berger,** Hundegasse 58. Dr. **Cosack,** Thornscher Weg 6.



Zu nützlichen Weihnachts-Geschenken
empfiehlt sein großes Lager
Schuh-Waaren
eigenen Fabrikats, jeden Genres,
für Damen, Herren u. Kinder zu soliden festen Preisen
das Schuh- u. Stiefel-Magazin von
Fr. Kaiser, Jopengasse 20, 1 Tr.

Zu Weihnachts-Einkäufen

empfehle:

Aus der rühmlichst bekannten Chocoladen- und Confitüren-Fabrik von Gebrüder Stollwerk in Cöln a Rh.: Marzipan in Cartons und Früchten, wie Marzipan-Gemüse auf Porzellan-Tellern, als: Lachs mar., Gemüse mit Beilage etc., Chocoladen-Confitüren in eleganten Cartons, Attrapen u. Thee-Confect. Ferner Trauben-Rosinen, Princess-Mandeln, Smyrna-Feigen, Marokk. Datteln, Makronen, Zuckernüsse, Thorner Pfefferkuchen von Gustav Weese, englische Biscuits, Strassburger Gänseleber-Pasteten, Gänseleber-Trüffel-Wurst, Astr. Perl-Caviar, französ. und Holländ. Liqueure; wie für die feinere Küche: conservirtes Gemüse in Blechbüchsen, Spargel, Schoten-Körner, Schneide-Bohnen, Brech-Bohnen, Carotten, wie Wild u. Geflügel, Wildschweinebaten, Rehe, Hasen, fette Enten, gemästete Puten und Kapaunen.

Magnus Bradtke,
Ketterhagergasse 7.

Neue große französische
Wallnüsse
empfiehlt
A. Fast,
Langenmarkt No. 33|34.

Ein noch neues eisernes Geldspind ist zu verkaufen. Zu erfragen in der Expedition dieser Zeitung unter Nr. 2588.

Heiligegeistgasse No. 23

ist die 2. Etage, bestehend aus 2 großen Zimmern, Entree u. Burschengelaß, für einen Herrn passend, zu vermiethen.

Meine **Restauration** Brodbänkengasse 23 bringe ich einem geehrten Publikum freundlichst in Erinnerung, gute Weine sowie hiesige und fremde Biere.

Damenbedienung neu.

Otto Heyn.

Neuer Gesangverein.

Dienstag, den 21. d. M. Abends 7½ Uhr, Uebungsstunde in der Aula der St. Johannis-Schule. Die Murtenschlacht-Probe beginnt präcise 8½ Uhr Abends.

Vom 21. bis incl. 24. d. Mts., Abends,
große Concerte
im
Rathsweinkeller,
ausgeführt von der ganzen Capelle des 1. Leib-Husaren-Regts. No. 1, unter persönlicher Leitung des Königl. Musikmeisters Herrn F. Keil.

Leutholtz's Local.
Grande soirée musicale
an den vier Weihnachts-Abenden, den 21., 22., 23. und 24. von der Capelle des 4. Ostpreuß. Grenadier-Regiments No. 5, unter Leitung des Musikmeisters Kilian.

!! Bremer Rathskeller !!

Heute Abend:
Großes
CONCERT.
Anfang 7 Uhr. Entree 25 ₰.
Hierzu ladet freundlichst ein
H. F. Schulz.

Stadt-Theater.

Eingetretener Verhältnisse wegen ist das Repertoire geändert.

Dienstag, 21. Decbr. (5. Abonn. No. 3.) **Zampa.** Oper von Herold.

Mittwoch, 22. Decbr. (4. Abonn. No. 4.) **Die Schule des Lebens.** Schauspiel in 5 Acten von Raupach.

Donnerstag, 23. Decbr. (5. Abonn. No. 5.) **Die lustigen Weiber v. Windsor.**

Freitag, 24. Decbr. bleibt das Theater geschlossen.

Sonnabend, den 25. Dezember. (Ab. susp.) Zum ersten Male: **Der Faselhans.** Posse mit Gesang in 3 Acten von Jacobsen und Rosen. Musik von Michaelis. Vorher: Zum ersten Male: **Rothkäppchen.** Märchen in 1 Act von Theodor Wehl. Musik von verschiedenen Meistern.

Selonke's Theater.

Dienstag, den 21. Dezember.
Gastspiel der Wiener Ballet- und Sänger-Gesellschaft Geschwister **Cassina**, sowie des unübertrefflichen Jongleurs **Mr. Jules Friquet.** U. A.: **Weiber-Eigensinn.** Familien-Gemälde. **Gesang kurirt.** Liederspiel.

Mittwoch, d. 22. Decbr., Nachm. 3 Uhr:
Große Kinder-Vorstellung.
U. A.: Prinzessin Marzipan und der Schweinehirt von Zuckerkant oder: Hochmuth kommt zum Falle. Eine Kinderkomödie, gespielt von 60 Kindern.

Sonnabend, den 15. Januar 1876
im Friedrich-Wilhelm-
Schützenhause
grosser Maskenball.

F. A.!
Dienstag 8 Uhr.
Pfefferstadt No. 37.

Arndt-Denkmal-
Lotterie à 3 Mk. Cölner-Flora-Lotterie à 3 Mk.

NB. Die Ziehungen beider Lotterien finden noch vor Ablauf d. J. statt, der Vorrath von Loosen ist nur noch gering.

Berliner Flora-Lotterie à 3 Mk., bei
Theodor Bertling, Gr. Gerbergasse 2.

Verantwortlicher Redacteur H. Rödner.
Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.

Hierzu eine Beilage.